

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1912

152 (3.7.1912) Erstes Blatt

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
Abonnementpreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 M. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 M. vierteljährlich

Redaktion: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481
Sprechstunde nur von 1/2 12—1/2 1 Uhr.
Expedition: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128
Postfach-Conto Nr. 2650

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag:
Buchdruckerei G e d & Co., Karlsruhe.

Verantwortl. für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Bad., Politik, Aus der Partei, Gewerkschaftliches, Neues vom Tage und Letzte Nachrichten: **Hermann Kadel;**
für den übrigen Inhalt: **Hermann Winter;** beide in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
Karl Biegler in Karlsruhe.

Erstes Blatt.

Unsere heutige Nummer umfaßt 2 Blätter mit zusammen 1. Seiten.

Die Mainlinie.

Der württembergische Landtag ist vor einigen Tagen in die Ferien gegangen, und da die Kammer vor dem Herbst bevorstehenden Neuwahlen nur noch einmal zur Erledigung gewisser Abgeschlossenheiten zusammenzutreten wird, zieht man schon jetzt die Bilanz der Legislaturperiode und kritisiert ihre Erfolge. Da ist es denn recht bemerkenswert, wie die Presse der Kammer urteilt, denn in Württemberg besteht seit 1906 das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht und die Volksvertretung, deren Mandat jetzt abgelaufen ist, war die erste, die auf Grund dieses Systems zustande kam. Zugunsten einer solchen Kammer sind die „Staatsbehaltenden“ Parteien besonders in ihren norddeutschen Spielarten sicher nicht voreingenommen und wenn sie sich im allgemeinen sehr lobend und anerkennend äußern, so ist das Urteil von besonderem Wert. Nicht etwa, als ob unserer Meinung nach dem württembergischen Landtag etwas daran liegen könnte, daß ihn die preussischen Reaktionen pfeifen, im Gegenteil, er hätte sogar Anlaß zu Zweifeln, ob er im Interesse des Volkes seine Pflicht erfüllt hat, wenn ihm von dieser Seite Zustimmung zuteil wird. Wichtig ist diese Anerkennung nicht für Württemberg, sondern für Preußen. Man höre beispielsweise die „Tägliche Rundschau“:

„Wenn man“, so sagt sie, „befürchtet hat, die „reine Volkskammer“ werde sofort in radikales Fahrwasser abgleiten, in Schwierigkeitsmacherei und Verneinungspolitik sich gefallen und dergleichen, so sind alle diese Schwarz- oder richtiger Rotmachereien durch die Arbeiten der Kammer widerlegt worden.“

Wir lassen hier gänzlich dahingestellt, ob das württembergische Parlament recht daran getan hat, so wenig Schwierigkeiten zu machen und so wenig zu verneinen. Wir konstatieren nur, daß ein Blatt, das zu den entscheidenden Gegnern eines demokratischen Wahlrechts für das preussische Abgeordnetenhaus gehört, die Arbeitsleistungen des aus gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangenen Parlaments eines süddeutschen Staates rühmend hervorheben muß. Ohne es zu wollen, hat es damit gleichzeitig ein scharfes Urteil über das preussische System und die Gegner seiner Beseitigung gefällt.

Es ist allgemein bekannt, daß das preussische Abgeordnetenhaus, das man nicht schlimmer verhöhnen könnte, als wenn man es eine „reine Volkskammer“ nennte, nicht nur keine guten Gesetze macht, sondern daß es auch mit dem Zustandekommen der schlechten seine Schwierigkeiten hat. Das erkennen auch die Herren auf der Rechten und man erinnert sich an den Warnungsruf, den der Freiherr von Redlich in der „Post“ ausstieß, als Anfang Mai das Gericht ging, der Landtag solle bereits am 23. Mai in die Ferien geschickt werden. Der freikonservative Führer wies auf die Nichterledigung eines großen Teils der Regierungsvorlagen und eines noch größeren Teils der Initiativanträge hin und meinte:

„Daß das weder für den Ausfall der Wahlen, noch für das Ansehen der Landtagsvertretung noch für die Aufrechterhaltung des preussischen Wahlrechts von Nutzen sein kann, liegt auf der Hand.“

Dann ist ja die Arbeitsdauer des Hauses um einige Tage verlängert worden. Aber die Ernte dieser Zeit war nicht groß, und obwohl die Wassergesetzkommission ihre Tätigkeit durch die Ferien des Plenums nicht hat unterbrechen lassen, und obwohl aller Wahrscheinlichkeit nach in dem letzten Abschnitt der Legislaturperiode des guten Eindruckes wegen die Gesetzgebungsmaschine mit der doppelten Geschwindigkeit laufen und vor allem ein ohrenbetäubendes Klappern vernehmen lassen wird, so dürfte am Schluß kein Ehrlicher wagen, der Arbeit des Deutschen Reichstages ein Lob zu spenden, wie es die württembergische Volkskammer erhalten hat.

Freiherr v. Redlich hat ganz recht erkannt, daß die mangelhaften Leistungen ein schlechtes Licht auf das Wahlrecht werfen, und diese Beleuchtung wird um so greller werden, wenn man die Erfolge eines aus Volkswahlen hervorgegangenen Parlamentes daneben hält. Je schlechter das Wahlrecht, um so mächtiger, selbst vom Standpunkt der Rechten, die Arbeit.

Was läge da näher, als daß der Post-Freiherr, die „Tägliche Rundschau“ und alle die andern nun den Schluß zögen, daß man Preußen das Wahlrecht geben müsse, mit dem Württemberg so vorzüglich gefahren ist. Die Leute stellen sich doch gern auf den Standpunkt, daß für den Staat das Wahlrecht Nebenfrage sei und daß es darauf ankomme, was das Parlament vor sich bringe. Gerade

wenn sie die Dinge unter diesem Gesichtswinkel betrachten, müssen sie das württembergische Vorbild in Preußen nachahmen, denn was könnten sie anders, als das Wahlrecht als Grund für das mangelhafte und schwerfällige Funktionieren des preussischen Apparates anführen?

Aber wir sind nicht optimistisch genug, bei unseren halben und ganzen Reaktionen eine Logik vorauszusetzen, die sie zur Erfüllung der sozialdemokratischen Wahlrechtsforderungen bringen könnte. Sie werden tausend Einwände und tausend Ausreden haben und wenn alle Stricke reißen, dann verweisen sie auch wieder auf die Mainlinie, die das Deutsche Reich in zwei Hälften teile, deren eine zu ihrem Gedeihen ganz anderer politischer Bedingungen bedürfte, als die andere.

Allerdings ist ihnen diese Ausflucht jetzt ja einigermaßen verbaut, da der esch-lothringische Landtag und für einen Teil von ihnen auch das bayerische Parlament nicht ihren Beifall finden. Mit dem Volkscharakter, von dem es früher hieß, daß er im Süden weniger radikal sei und daß er bei der dortigen Sozialdemokratie das revolutionäre Temperament nicht aufkommen lasse, ist also nichts mehr anzufangen. Doch sie werden sich schon auf andere Argumente begeben. Die sind nicht besser als die, deren sie sich bisher bedienten, und wenn mit Vernunftgründen im Wahlrechtskampf etwas zu erreichen wäre, hätten wir das Klassenlytium schon längst zu Scherben geschlagen. Hinter den Gründen, die die Gegner ins Feld führen, steht ihr brutaler Herrscherville, der sich den Teufel um die Logik kümmert, und siegen können wir nur, wenn unser Wille zur Macht ebenso stark ist.

Deutsche Politik.

Maßnahmen der Kommunisten gegen die Lebensmittelverteuerung. In einer größeren Anzahl von deutschen Städten, vor allem dort, wo Arbeiter in der Stadtverordnetenvertretung Platz genommen haben, wurden in vergangenen und in diesem Jahre Maßnahmen gegen die Lebensmittelverteuerung ergriffen. Hierüber sind Erhebungen angestellt. Die „Inf.“ berichtet: „Es haben insgesamt 78 Städte sich genötigt gesehen, Maßnahmen im Interesse der Bürger zu ergreifen. Zum Teil beschränkten sich diese Maßnahmen auf die Verjüngung der Bevölkerung mit Seefischen, durch die dem Fleischmangel abgeholfen wurde. Auf dem Gebiet der Fleischverjüngung sind nur vereinzelte Maßnahmen getroffen worden. So z. B. wurden Preisnotierungskommissionen in Augsburg, München, Stettin und Stuttgart eingerichtet. Ferner wurden regelmäßig die Groß- und Kleinhandelspreise veröffentlicht. Es ergab sich daraus, daß die Preise durch den Zwischenhandel ungeheuer in die Höhe gedrückt wurden, während der Landwirt verhältnismäßig sehr geringe Preise für seine Ware erhielt. Ein Fleischmangel bestand nicht oder nur in seltenen Ausnahmefällen. Die Höhe der Fleischpreise war ausschließlich durch die ungeheuren Zwischenverdienste beim Groß- und Kleinhandel bedingt. Manche Städte führten Verhandlungen mit den Schlächtern zur Verringerung der Fleischpreise. In einer Stadt beabsichtigte die Verwaltung, den Fleischverkauf zu normalen Preisen vorzunehmen, woraufhin die Preise beträchtlich sanken. Eine Stadt leugnet direkt, daß eine Verteuerung besteht und von manden anderen Städten wird die Verteuerung als nicht empfindlich bezeichnet.“

Der Bericht ist offenbar sehr zugunsten der Agrarier gefärbt. Goffentlich läßt ein amtlicher Bericht nicht zu lange auf sich warten.

Gegen den liberalen Surrapatriotismus wendet sich Oberst a. D. Gädke, der frühere militärische Sachverständige des „Berliner Tageblatt“, in seinem „Kleinen Journal“. Er schreibt, daß die Angaben „eines liberalen Berliner Blattes“ über die Organisation der französischen Infanterie teils völlig falsch, teils irreführend sind. Offenbar verärgert, bemerkt er einleitend, die Angaben scheinen fast zu beweisen, „daß dieses Blatt mit seinem militärischen Beitrag in das Lager des Surrapatriotismus übergegangen ist und daß ihm jedes Mittel recht ist, seine Leser von der Notwendigkeit fortgesetzter neuer Rüstungen zu überzeugen — selbst mit Hilfe unzutreffender Behauptungen.“ Gädke schließt seine Ausführungen wie folgt: „Aber wenn Frankreich nun wirklich 20 Bataillone mehr hätte? Das erwähnt der Verfasser gar nicht, daß unsere Infanterie sowohl an Zahl der Unteroffiziere als der Mannschaften der französischen ganz beträchtlich überlegen ist; es hinge also nur von unserer Heeresverwaltung ab, schon jetzt nicht nur ebenbürtig, sondern erheblich mehr Bataillone aufzustellen als Frankreich, wenn sie diese Bataillone ebenso schwach machen wollte als die uneres Nachbarn sind. Wenn sie das nicht will — es liegt hier ein grundsätzlicher Unterschied der organisatorischen Anschauungen vor —, dann kann sie nachher nicht kommen und sich

beklagen, daß Frankreich uns an Zahl der Bataillone überlegen ist.“

Reichstagsnachwahl in Bayern. Reichstagsabgeordneter Bachmeier, der Vertreter des Wahlkreises Niederbayern 4, ist, 60 Jahre alt, in Pfarrkirchen gestorben. Bachmeier wurde bei der letzten Wahl im ersten Wahlgange als Kandidat des bayerischen Bauernbundes mit 9882 Stimmen gegen 7722 Zentrums- und 1228 sozialdemokratische Stimmen in den Reichstag gewählt, schloß sich aber keiner Partei an.

Boykott unter Katholiken. Der päpstliche Inhaltsbefehl gegen die Kampfzähne aus dem klerikalen Lager scheint nur die Wirkung zu haben, daß die feindlichen Brüder von Worten zu Taten übergehen. Nachdem die Breslauer Pfarrer Zimbel und Meyer der „Schlesischen Volkszeitung“ vor Wochen bereits den Boykott androhten, haben sie jetzt eine Versammlung von katholischen Geistlichen abgehalten, in der aufgefördert wurde, die in den katholischen Fachabteilungen organisierten Arbeiter zu veranlassen, die beiden in Breslau erscheinenden offiziellen Zentrumsblätter vom 1. Juli ab nicht mehr zu abonnieren! Der hundertmal verdamnte Boykott wird also jetzt unter den Frommen selbst angeordnet.

Was die Pflicht und Schuldigkeit eines preussischen Gendarmen ist. Während des Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet hatte ein Gendarm in Buer einen Bergmann, dem er an zwei verschiedenen Tagen auf menschenleerer Straße begegnete, ohne jegliche Veranlassung angefahren, er solle machen, daß er fortkomme, wenn ihm sein Leben lieb sei. Unter großen Beleidigungen schwang er seinen blanken Säbel über dem Haupt des Bergmannes und drohte mit Schädelspalten.

Der also Bedrohte führte beim Regierungspräsidenten in Münster Beschwerde. Die Antwort, die er darauf vom Landrat des Kreises Recklinghausen, einem Grafen von M e r v e l d, erhielt, darf als ein Kultusdokument gelten; sie lautet nämlich:

„Ihre an den Herrn Regierungspräsidenten in Münster gerichtete und von diesem an mich zur Verfügung abgegebene Beschwerde vom 7. April 1912 muß ich als unbegründet zurückweisen. Nach den angestellten Ermittlungen hat der Gendarmmerewachmeister Krotz in Buer nur seine Pflicht und Schuldigkeit getan. Sein Vorgehen gibt mir zu einem Einschreiten gegen ihn keine Veranlassung.“

Man beachte: der von dem Beschwerdeführer dargestellte Sachverhalt, wonach er von dem Hüter des Gesetzes und der Ordnung ohne jeden Anlaß beleidigt und wiederholt mit Totschlag bedroht worden ist, wird nicht bestritten, die Richtigkeit des Sachverhalts wird vielmehr stillschweigend zugegeben. Und dann die Entscheidung: Der Gendarm hat nur seine Pflicht und Schuldigkeit getan!

Die christliche Brüderlichkeit im Zentrum. Die „Köln. Korrespondenz“ wütet in jeder Nummer heftiger gegen die Bachemische Richtung. In der letzten Nummer vom 1. Juli ist ein Artikel „Die Infamie“ überschrieben, worin gesagt wird, daß „unter den Organen der Kölner Richtung neben der „Neisser Zeitung“ noch das Inseratenblatt „Ehener Volkszeitung“ auf niedrigerer Stufe steht“. Dies Blatt bringe eine Zuschrift, „worin die deutschen Bischöfe aufgefordert werden, Herrn Dr. Kaufmann (der bekanntlich Kaplan ist) aus ihren Diözesen zu vertreiben“. Keine andere Partei habe „eine solche Infamie jemals erlebt“. Weiter greife das Ehener Zentrumsblatt die Würdenträger der Kirche, Bischöfe und Kleriker in höherer Stellung an, die Dr. Kaufmann „immer noch ihre Türen öffnen“ und ihn beschützen. Darauf schreibt die „Köln. Korrespondenz“: „Diese Jammergehalte! Wir kennen kein Land der Welt, wo es Katholiken und katholische Blätter wagten, eine solche Sprache gegen kirchliche Autoritäten zu führen!“

Das „Katholische Deutschland“ erlöst in seiner Nummer vom 30. Juni eine Erklärung gegen die „Schlesische Volkszeitung“, worin dies bachemische Zentrumsblatt der Verdächtigung und Verleumdung des „Katholischen Deutschlands“ geziehen wird. — Weiter veröffentlicht das „Kathol. Deutschland“ eine Verächtigung, die ihm die bachemischen „Schlesischen Nachrichten“ geschickt hat, weil das „Kathol. Deutschland“ über das Zentrumsblatt geschrieben hatte: „Ein Blatt, das derart gegen den Papst und die treu-katholischen Vereine heßt, ist nicht wert, in das Haus eines katholischen Schlesiens zu kommen.“ — Dem Justizrat Dr. P o r s c h wirt das „Kathol. Deutschland“ vor, er habe in seiner gegen den Grafen Oppersdorff gerichteten Rede durch Herausreißen zweier Sätze aus dessen Artikel dem Grafen „eins verlesen“ wollen und habe „diese Sätze dadurch in vollkommen wahrheitswidriger Weise entstellt“. Dann wird Justizrat Porsch noch „Verdrehung“ vorgeworfen.

So sieht der brüderliche „Waffenstillstand“ aus, der nach dem vom Papst verfluchten „lebhaftesten Wunsch“

bis zu der von Rom zu fallenden Entscheidung eintreten sollte!

Das Ei des Kolombus. Der frühere antimilitärische Abgeordnete Lattmann, auf dessen wertvolle Mitarbeit der Reichstag seit den letzten Wahlen verzichtet muß, bleibt trotz der Undankbarkeit seiner Wähler des deutschen Volkes getreuer Eckart und da er im Parlament nicht mehr mitraten kann, läßt er seine Weisheiten im „Reichsbote“ ab.

Die Steuerfrage hat ihn auf den Plan gerufen. Der Gegensatz unter den bürgerlichen Parteien schmerzt den Baderen und er fürchtet, daß diesen Winter über diese Frage wieder ein unser Volk zerreißender Kampf ausbrechen werde. Die „Wüstenei des Wahlkampfes“ mit ihrer „entfittlichen Verheerung“ — natürlich ist ein Wahlkampf wüst und entfittlichend, der nicht mit dem Siege Lattmanns endet — soll, so besorgt er, fortgesetzt werden, und deshalb schlägt der Mann, dessen Herz für Deutschlands Wohl glüht, ein Ausgליch vor: Die einen jagen Erbschaftsteuer, die andern Dividendensteuer, die höhere Gerechtigkeit verlangt, daß beide eingeführt werden.

In der Tat höchst einfach und die verbündeten Regierungen werden gegen das Lattmannsche Regest wohl nichts einzuwenden haben. Sie wären dann für einige Zeiten aus den Sorgen und Schwierigkeiten heraus und könnten im Verein mit jenen nationalen Gruppen zu deren hervorragenden Führern der stimmungswichtige Lattmann gehört, sogar noch weitere Forderungen für Heer und Flotte stellen. Ferner aber ist die Regierung auch der unangenehmen Notwendigkeit überhoben, eventuell ein Steuergezet mit der Sozialdemokratie zu machen. Die GEMEINHEIT und Volksfeindlichkeit dieser Partei, so sagt Herr Lattmann, der über die „Wüstenei“ des politischen Kampfes heulmeiert, ist mit der Zeit so offenkundig geworden, als daß die Regierung bei solcher Frage sie als „Regierungspartei“ haben möchte.

Da müssen eben die staatsverhaltenden Parteien der Regierung beistimmen. Sie beweisen damit nur ihre bekannte Selbstlosigkeit und bringen im nationalen Interesse schwere Opfer. Wenn ihnen aber das noch nicht Lohn genug sein sollte, dann hat der Ausgleichsfreund noch ein anderes Argument bei der Hand:

Den Anhängern der rechtsstehenden Parteien, die sich immer noch nicht in eine solche Lösung finden wollen, mag schließlich der Gedanke mit ausschlaggebend sein: wenn ohne sie und gegen sie eine Erbschaftsteuer kommt und die Regierung infolge einer völligen Abgabe der Meisten diese Steuer auch mit der Sozialdemokratie zu machen versuchen muß, dann ist die Gefahr groß, daß eine viel schwerer schädigende Erbschaftsteuer kommt.

Ja, da liegt der Hase im Pfeffer. Trotz aller Gemeinheit der Sozialdemokratie könnte Herr v. Bethmann Hollweg sich doch noch mit ihr einlassen, und dann käme am Ende noch eine den Agrariern unangenehmere Erbschaftsteuer heraus, zumal da ein Teil des Zentrums, wie Herr Lattmann wissen will, in seiner Gegnerschaft gegen diese Steuerreform wandend geworden ist.

Zu schade, daß die gemeinen Sozialdemokraten diese Schlauberger so in den Hintergrund gedrängt haben.

Badischer Landtag.

92. Sitzung der 2. Kammer.

© Karlsruhe, 2. Juli.

Präsident Rohrbach eröffnete 10 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch: Minister Frhr. v. Bodman und Regierungskommissäre.

Secretär Abg. Müller (natl.) zeigte die neuen Eingaben an. Hierauf erhielt vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort

Minister Frhr. v. Bodman: Ich habe im allerhöchsten Auftrage dem Hause einen Gesetzentwurf vorzulegen, betr. die Abänderung des Gesetzes vom 5. Mai 1870, die öffentliche Armenpflege betreffend.

Darnach wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Abg. Dietrich (natl.) berichtete namens der Kommission für Justiz und Verwaltung über den Gesetzentwurf über die Abtretung des Rheingebietes an die Stadt Mannheim und von Mannheimer Gemarkungsteilen an die Gemeinde Sodenheim. Wenn sich in Landgemeinden in der Nähe von

Städten Industrie ansiedelt, so drängen mit der Zeit die Verhältnisse darauf hin, daß die Landgemeinden in die Stadtgemeinden einverleibt werden will. Bei der vorliegenden Eingemeindung liegen die Dinge anders wie bei anderen Fällen gleicher Art. Bei der Rheinau handelt es sich um ein Gebiet, in dem sich die Großindustrie angesiedelt hat. Die Lage ist bei diesem Gesetze auch insofern anders, als nur ein Teil einer Gemeinde abgetrennt werden soll, während ein Teil der bisherigen Gemeinde bestehen bleibt. Auch insofern sind die Verhältnisse andere, als die Regierung gegen den Willen einer Gemeinde die Eingemeindung vollzieht. Dabei ist noch zu beachten, daß Mannheim zur Entscheidung an die Gemeinde Sodenheim einen Teil seines Gebietes abtritt. Außerdem erhält die Gemeinde Sodenheim eine bare Entschädigung von der Stadt Mannheim. In der Kommission gingen die Ansichten über die Höhe dieser Entschädigung auseinander. Man hielt aber schließlich doch die im Gesetze vorgesehene Entschädigung für genügend. Von Seiten der Gemeinde Sodenheim wird auch geltend gemacht, daß durch die Eingemeindung der Rheinau der größte Teil der Gemeindefortkapitalien verloren geht. In dieser Beziehung ist geltend zu machen, daß die Gemeinde Sodenheim hinsichtlich der Rheinau eine Reihe von Aufgaben zu erfüllen hat, deren Durchführung der Gemeinde Sodenheim große finanzielle Lasten bringen würden. Es lagen zu diesem Gesetze mehrere Petitionen vor. Eine Petition ging von der Gemeinde Sodenheim aus, die rechtliche Bedenken gegen das Gesetz vorbringt und den Standpunkt vertritt, daß die Entschädigung nicht durch Gesetz festgelegt werden kann. Die Petition geht indessen der Hauptsache nach darauf hinaus, eine Erhöhung der Sodenheim zugesprochenen Entschädigung zu erlangen. Die Kommission gelangte zu dem Antrage, die Petition für erledigt zu erklären, durch die Annahme des Gesetzes. Zu dem gleichen Antrage gelangte die Kommission bezüglich einer Gegenvorstellung der Stadt Mannheim gegen diese Petition. Neu ist inzwischen eine dritte Petition, die von einer Versammlung Sodenheimer Einwohner ausgeht und den Standpunkt vertritt, die ganze Gemeinde Sodenheim zu Mannheim einzugemeinden. Auf diese Frage kann ich nicht eingehen, da sie in der Kommission nicht mehr behandelt wurde. Ueber die Notwendigkeit der von der Regierung vorgeschlagenen Abtretung des Rheingebietes von der Gemeinde Sodenheim und der Angliederung der Rheinau an die Stadt Mannheim war die Kommission einig. Sie stellt den Antrag, das Gesetz anzunehmen und die Petitionen für erledigt zu erklären.

Minister Frhr. v. Bodman: Bezüglich des vor Eintritt in die Tagesordnung von mir vorgelegten Gesetzentwurfes über die Abänderung des Gesetzes, die Armenpflege betreffend, ist mir ein Irrtum unterlaufen. Ich ziehe den Gesetzentwurf zurück, weil er nicht diesem Hause, sondern zuerst der 1. Kammer vorgelegt werden soll. (Heiterkeit.) Sie sehen, welche Wirkung die gegenwärtige Geschäftslage des Landtags hervorgerufen hat. (Große Heiterkeit.) Wenn ich zu der Angelegenheit übergehe, die uns heute beschäftigt, so kann ich mich mit den dankenswerten Ausführungen des Berichterstatters einverstanden erklären. Es ist in der Begründung zum Gesetz gesagt, daß die Verhältnisse unbillig sind. Es fehlt in der Rheinau an einer Kanalisation, es ist das Bedürfnis für den Bau eines neuen Schulhauses vorhanden. Es liegen sich diese Bedürfnisse des Ortes Rheinau auch befriedigen, wenn es mit Sodenheim vereinigt bleibt. Man müßte dann den Verwaltungszwang anwenden. Der Durchführung der Abtretung der Eingemeindung stand bisher die Schwierigkeit entgegen, daß die Zukunft Rheinaus im Ungewissen lag. Das wesentliche in dieser Sache scheint mir darin zu liegen, daß zwei Teile einer Gemeinde, Rheinau und Sodenheim, bestehen, die nicht zusammenarbeiten können. Das zeigt uns die Geschichte der Rheinau und der Gemeinde Sodenheim. Die Verwaltung in der Gemeinde ist den Interessen der Rheinau nicht so gerecht geworden, wie es wünschenswert ist. Wenn beide Teile einen anderen Weg wollen, so kann eine Verständigung nicht erzielt werden. Dazu kommt, daß der Hafen der Rheinau dem Staate gehört und daß die Grenze der Stadt Mannheim vor dem Beginn dieses Jahresgebietes aufhört. Es unterliegt also dieses Hafengebiet nicht einer Aufsicht, die von Mannheim aus ausgeübt werden kann. Das könnte zu unannehmlichkeiten führen, besonders wenn einmal ein Streit im Hafen entstehen würde. Zur Befriedigung der Verhältnisse der Rheinau müßte ein Weg gesucht werden. Diesen Weg glauben wir in dem Gesetze bieten zu können. Sodenheim war übrigens nicht gegen die Eingemeindung Rheinaus. Es hat sich auch gegen die Eingemeindung kein Widerspruch erhoben, sondern nur gegen die Bedingungen werden Bedenken geltend gemacht. Dazu kommt, daß die Bewohner Rheinaus eingemeindet sein wollen. Nun ist eine Mehrheit eingetreten durch die Petition einer Versammlung in Sodenheim, welche die Eingemeindung der ganzen Gemeinde Sodenheim fordert. Meines Erachtens ist durch diese Mehrheit die Situation in keiner Weise geändert. Wir haben es nicht mit

Beschlüssen von Versammlungen zu tun, sondern mit Beschlüssen der gesetzlichen Vertretung. In dieser Beziehung darf darauf hingewiesen werden, daß der Bürgerausschuß Sodenheims am 30. März 1910 mit 39 gegen 34 Stimmen die Eingemeindung der Gesamtgemeinde Sodenheim abgelehnt hat. Die Entscheidung hat zu Bedenken Anlaß gegeben. Ueber die Frage der Entscheidung hat sich die Regierung der Kommission gegenüber eingehend geäußert. Diese Bedenken sind nicht begründet, wie auch rechtliche Bedenken nicht bestehen. Die Entscheidung ist festgestellt worden auf Grund genauer Erwägungen und Prüfungen. Ich bitte Sie, dem Gesetze zuzustimmen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß der spätere Zustand in der Gemeinde Sodenheim das Gefühl der Befriedigung hervorzurufen wird, Herr im eigenen Hause zu sein.

Präsident Rohrbach: Es sind zwei Anträge eingeleitet, ein Antrag der Abg. Süßkind, Dr. Frank, Vogel-Mannheim und König dahingehend:

„Es sollte der § 6 dahin geändert werden, daß die Zahl der Stadtverordneten-Vertreter von Rheinau für die Uebergangszeit nicht 4 sondern 6 betragen soll.“

Der zweite Antrag ist von den Abg. Schmidt-Bretten eingebracht und lautet:

„Die in § 6 des Gesetzes bestimmte bare Entschädigung an die Gemeinde Sodenheim soll von 150 000 Mfr. auf 380 000 Mfr. erhöht werden.“

Abg. Süßkind (Soz.):

Die Frage der Eingemeindung der Rheinau mit Mannheim ist keine neue. Sie besteht schon lange und man hat sich wiederholt mit ihr beschäftigt. Rheinau steht heute schon mit Mannheim zusammen. Seine Einwohner genießen aber nicht die Vorteile der öffentlichen Einrichtungen, welche Mannheim besitzt. Sie konnten diese Vorteile nicht erhalten, weil die Frage der Eingemeindung noch nicht gelöst ist. Mannheim hat hinsichtlich der Eingemeindung keinerlei Schwierigkeiten erhoben, sie kommen von der Gemeinde Sodenheim. Was hat Sodenheim für Rheinau geleistet? Man geht nicht zu weit, wenn man sagt, daß Sodenheim Mannheim als seine meiste Last betrachtet. Sodenheim sagte sich, wenn Rheinau einmal Mannheim zufällt, wird diese schon alles machen, was Rheinau braucht. (Heiterkeit.) Sodenheim tat das nicht, was es Rheinau gegenüber hätte tun sollen. Dabei hat Mannheim schon mehr getan im Interesse der Rheinau. Es muß berücksichtigt werden, daß es sich um eine Zwangsgemeinde handelt und daß dabei auch die Vermögensgrenzen eine besondere Rolle spielen. Im Zusammenhang damit ist aber die Frage aufzuwerfen, wer hat Rheinau in die Höhe gebracht? Das Kapital. Und woher stammt dieses Kapital? Es stammt aus der Stadt Mannheim. Daraus kann man auch schließen, daß sie ein Interesse an der Eingemeindung hat. Was die Bemessung der Entschädigung betrifft, so muß gesagt werden, daß dieselbe nicht zu gering ist. Mannheim übernimmt mit der Eingemeindung eine Reihe von Lasten und Opfern, die es zu erfüllen hat. Zu der Frage der Gesamteinverleibung von Sodenheim brauchen wir nicht Stellung zu nehmen, denn bei jener Versammlung, welche einen diesbezüglichen Beschluß faßte, war nicht ein Gemeinderat anwesend. Ich bitte, dem Gesetze zuzustimmen und den von uns heute gestellten Antrag anzunehmen.

Abg. Kopf (Ztr.): Eine größere Anzahl meiner politischen Freunde und ich werden gegen das Gesetz stimmen, da wir erhebliche Bedenken gegen dasselbe haben. Wir stehen der Vorlage durchaus sachlich gegenüber. Aber es ist ein außergewöhnlicher Vorgang, daß der Teil einer Gemeinde gegen den Willen der Gemeinde eingemeindet wird. Ein Teil meiner Freunde ist der Auffassung, daß eine derartige zwangsweise Eingemeindung und Teilung einer Gemeinde gesetzlich unzulässig sei. Ich persönlich teile diesen Standpunkt nicht. Die Entschädigungsfrage ist nicht richtig geregelt. Sodenheim kommt durch die Entziehung der Gemeindefortkapitalien von Rheinau in eine unangenehme Lage, da es seine Umlage erhöhen muß, wahrscheinlich um 1 Pfennig. In erster Linie stehe ich aber deshalb auf dem Standpunkte, das Gesetz abzulehnen, da durch die neue Petition eine andere Sachlage geschaffen worden ist. So wie die Dinge jetzt liegen, scheint die Mehrheit der Einwohner von Sodenheim die Gesamteingemeindung zu fordern. Man sollte deshalb die Sache zurückstellen und dem nächsten Landtag ein Gesetz vorlegen, durch das die Gesamteingemeindung verlangt wird. Hat die Sache so lange bestanden, so wird man auch noch 1 1/2 Jahre aewarten können.

Minister Frhr. v. Bodman: Der Anstich des Abg. Kopf, daß in 1 1/2 Jahren, wenn die jetzige Vorlage abgelehnt wird, ein Gesetz für die Gesamteingemeindung von Sodenheim vorgelegt wird, muß ich entgegneten. Die Regierung steht einer Gesamteingemeindung ablehnend gegenüber. Sie ist der Auffassung, daß man mit der Eingemeindung von Landgemeinden in Städte zurückhaltend sein muß. Wenn Sie das Gesetz ablehnen, muß die Regierung unter Anwendung gesetzlicher Zwangsmittel einschreiten, damit das Geschehen kann, was zur

Söhne ihrer Väter.

Roman von Max Kreher.

(Fortsetzung.)

76

Schon wiederholt hatte Silvester diesen Bierströtkigen bemerkt, der mit einem jüngeren und schlanken Manne sprach, dabei aber unverwandt auf ihn blickte; eigentlich mehr glogte, denn seine Kalbszungen stachen förmlich aus dem großen massigen Kopf heraus, der fast ohne Hals auf dem Stiernacken saß. Glinka gab sofort die nötige Aufklärung. Das sei Professor Weller, der berühmte Zrennart, der die bekannte Heilanstalt besitze, von der Silvester jedenfalls schon gehört haben werde. Und als beide an ihnen vorübergingen, blieb Glinka stehen und wechselte ein paar Worte mit ihm, die sich auf eine Dame bezogen, die sich noch immer in der Obhut des Arztes befand. Der jüngere Herr trat bescheiden zurück, während Silvester an der Seite Glinkas blieb. Ein Zittern befiel ihn, denn sofort sagte er sich, daß diese beiden Männer diejenigen seien, die ihn beobachten sollten. Er sah vier scharfe Augen auf sich gerichtet, bemerkte, wie Weller ihn seltsam fixierte und das Bestreben zeigte, eine Annäherung zu suchen, was fast plump und zudringlich geschah. Aber Silvester ließ ihn stehen und ging mit Glinka weiter, beinahe erschöpft unter dieser Musterung, die unbändige Sitze in ihm erweckte.

Wie mir scheint, liegt Ihnen nicht viel an der Bekanntschaft,“ sagte der Prinz dann mit seinem spröden Lächeln. Und als er ein unwilliges Kopfschütteln Silvesters empfing hatte, weichte er ihn in die Urache ein, die die betreffende Dame, ein adeliges Stiftsräulein, in die Hände des Professors gebracht hatte.

Silvester hörte kaum zu, denn seine Unruhe hatte sich gesteigert. Auf's neue näherten sich ihnen die Herren, diesmal in der Weise von harmlosen Gesellschaftsummütlern. Mit Absicht blieb Silvester stehen und ließ sie vorüberziehen. Dann sagte er zu Glinka: „Wissen Sie es schon? Man will mich für verrückt erklären, weil ich ein armes Mädchen heiraten will. Aber ich sage Ihnen, ich bin vernünftig wie einer.“ Und seine ganze Laktik vergessend, schüttelte er dem Prinzen sein Herz aus. . . „Sie sind viel-

leicht der einzige, der mich verstehen wird, wenn ich auch vielleicht Urache habe anzunehmen, daß Sie es mit meinem Vater halten. Sie nähern sich ihm, während ich mich immer mehr von ihm entferne.“

Der Prinz schüttelte schwach mit dem Kopf, ohne jedoch auch diesmal aus sich herauszugeben. Heute früh erst hatte ihm sein Arzt auseinandergesetzt, daß in seinem Zustande zu heiraten nicht nur ein Verbrechen an sich selbst, sondern auch an seiner zukünftigen Frau sei; und so war er rasch mit seinem Entschlusse fertig geworden, an anderen Tage Geheimrat von Trost mit dieser Offenheit entgegenzutreten und damit den schönen Traum von einer Ordnung seiner Verhältnisse durch diese Heirat für immer zu begraben. Möchten seine Gläubiger wettern und fluchen — er wollte lieber ihre Ungnade länger ertragen, als sich zum Spöttel seiner armliebigen Knochen machen, die wohl irgendwo bleichen würden, wenn nicht im Erdbegräbnis seiner Ahnen, so doch vielleicht in fremder Erde, beschienen von der heißen Sonne, die ihn auch nicht mehr ganz erwärmen würde. Sollte er sich Silvester anvertrauen? Nein nein lieber nicht. Dieser unberechenbare Mensch, der viel von einem bisig aufspringenden Sprudel hatte, hätte das ausnutzen können; denn hinter seiner aufgeregten Miene schlummerte Unheil, brütete irgend eine große Unbesonnenheit.

„Ich sehe Sie so erregt, was haben Sie vor?“ fragte ihn Glinka und hielt ihn noch zurück, denn schon ging man zur Tafel. Jeder der Herren hatte seine Karte, auf deren Rückseite der Platz bezeichnet war.

„Was ich vorhabe? Das fragen Sie noch?“ bellte Silvester heraus. „Eine Rede auf meinen Alten will ich schwängen, eine Rede, wie sie noch nie gehalten worden ist. So feierte Mark Anton einst Julius Cäsar. Und ich will diese Reichenfeier in das Lebende übertragen.“ Er lachte böshaft. „Sehen Sie nur, wie er stolz dahinschreitet. Nehmen Sie alles in allem — ist er nicht ein Mann?“

Der Prinz sah ihm in die brennenden Augen. „Mein lieber Herr Silvester,“ bat er leise, „hören Sie sich das für ein andermal auf, sprechen Sie heute nicht, erweisen Sie mir diese Liebe. Ich sehe es Ihnen an, daß etwas in

Ihnen gärt, was durchaus in die Höhe steigen muß. Aber nur heute nicht, nur heute nicht. . . Nein, nein, ich lasse Sie nicht eher fort, bis Sie mir Ihr Versprechen gegeben haben. Ihr ganz bestimmtes Versprechen. Mein lieber Silvester, ein guter Freund spricht zu Ihnen, ein wahrhaftiger Freund, der viel darum geben würde, wenn er es immer bleiben könnte. Glauben Sie mir: man bessert seine Sache nicht dadurch, indem man giftige Pfeile verwendet, statt sie hübsich im Köcher zu behalten. Das sollten Sie als aufgeklärter Mensch doch am besten wissen. Und was wäre die Folge von diesem lieblichen Skandal? Man würde Sie dann erst recht für verrückt halten. Die Vernunft geht zuhause in ihrer Wege.“

Silvester wollte schon weich werden, als das Mißtrauen in ihm wieder jäh erwachte. Konnte das nicht ein abgekartetes Spiel zugunsten des Alten sein? Er sah wieder die Schar der Feinde, die seine Vernichtung wollten. „Ich danke Ihnen sehr für diese hübschen Worte, Durchlaucht, aber der Gepeitsche wehrt sich und frägt dabei nicht nach Zeit und Ort,“ erwiderte er fast heftig. Er hatte es nun eilig und ging ebenfalls in den Saal, wo bereits reges Leben herrschte.

„Aber hören Sie doch, mein Bester,“ rief ihm Glinka nach und felgte auf seinen ausgedörrten Beinen hinterher, ohne jedoch Erfolg zu haben. Denn Silvester, immer nervöser geworden, ließ schon um die ausgebehte, hufeisenförmig aufgestellte Tafel herum, um seinen Platz zu suchen, den er aber nicht fand, obgleich er fortwährend auf den Kleinen Plan in seiner Hand blickte. Das Rücken der Stühle, das Beugen und Schwiebereheben der schwarzen Fräcke und bunten Uniformen, dieser kleine Wald von Köpfen, der schwer zur Ruhe kam, trübten seinen Blick. Er lief die eine Längstafel ab, und dann die andere, immer noch einer Lücke suchend, die für ihn bestimmt sein könnte. Dort drüben mußte er sitzen, es konnte kein Zweifel sein. Auf's neue ging er um den Tafelrand herum, der auf der Fensterseite lag. Drei Stühle waren noch leer, die nebeneinander standen. Da sah er plötzlich den dicken Kopf Professor Wellers auftauchen, und dicht dahinter die schlante Gestalt des Assistenten. Beide bewegten sich auf die Stelle

Sanierung der Verhältnisse in Rheinau notwendig ist. Es stehen zwischen Rheinau und Sedenheim Gegenstände, die eine gedeihliche Entwicklung beider ausschließen. Das muß bei der Festsetzung der Entschädigung an Sedenheim in Berücksichtigung gezogen werden. Aber selbst, wenn Sedenheim nicht eingezogen würde, müßte es seine Umlage erhöhen, weil die Durchführung der bisher nicht erfüllten Aufgaben notwendig ist.

Präsident Hohrurt: Es ist ein Antrag der Abg. Dr. Zehnter u. Gen. eingegangen, dahingehend, daß dem § 6 des Gesetzes folgender Zusatz gegeben werden soll: „Ergibt sich beim Vollzug des Gesetzes, daß die Schätzung des Geländes den Durchschnittswert von 70 Pf. übersteigt, so erhöht sich die Entschädigungssumme an die Gemeinde Sedenheim in entsprechender Weise. Zur Festsetzung der Entschädigung ist eine Kommission von fünf Mitgliedern einzusetzen, von denen zwei die Gemeinde Sedenheim, zwei die Stadtgemeinde Mannheim und deren Obmann das Ministerium des Innern ernennen.“

Abg. Schmidt-Bretten (konst.) kam kurz auf die Gründe zu sprechen, die ihn veranlaßten, seinen Antrag auf Erhöhung der Entschädigungssumme einzubringen. Er erklärte, daß der nun gestellte Antrag Zehnter ihm zweckmäßiger erscheint und daß er deshalb seinen Antrag zugunsten des Antrags Zehnter zurückzieht.

Abg. Vogel-Mannheim (Fortschr. Volksp.): Die Einkommensverhältnisse der Abg. Schmidt und Kopf gegen das Gesetz und die Entschädigung sind nicht zutreffend und wurden vom Herrn Minister und schon im voraus von dem Herrn Berichterstatter zurückgewiesen. Seinerzeit wurde schon darauf hingewiesen, daß infolge Mangels einer Kanalisation der Dippus in Rheinau ausbrach, und daß bei einem starken Regenwetter eine Überschwemmung in den Straßen von Rheinau hervorgerufen wurde, wobei das Hochwasser den Urat der Abgruben auf die Straßen führte. Auch die Stadt Mannheim als unmittelbare Nachbarin von Sedenheim hat das größte Interesse daran, daß derartige Zustände unmöglich sind. Es wurde die Festsetzung der Entschädigung bemängelt. Ich halte die Entschädigung für durchaus richtig. Der Antrag Zehnter wie auch die Ausführungen des Abg. Kopf lassen erkennen, daß den Herren die Verhältnisse in Sedenheim und Rheinau nicht bekannt sind. Mit Rücksicht auf die Lasten, welche die Stadt Mannheim bei der Eingemeindung übernimmt, ist dieselbe bezüglich der Entschädigung an die mögliche Grenze gegangen. Im übrigen zeigt das Gesetz, daß die Regierung in erster Reihe die Interessen der Gemeinde Sedenheim berücksichtigt hat. Wir haben als Volkstribüne in dieser Frage unparteiisch zu entscheiden. (Lachen beim Zentrum.) Wenn Sie (gegen das Zentrum gewendet) sich nicht für unparteiisch halten, so habe ich nichts dagegen und muß das Ihnen überlassen. Ich nehme für mich in Anspruch, in dieser Sache als Abgeordneter, auch wenn ich Mannheimer bin, unparteiisch zu sein. Das nehme ich auch für die übrigen Vertreter von Mannheim in Anspruch, was schon daraus hervorgeht, daß wir den Antrag Süßkind auf Erhöhung der Zahl der Vertreter Rheinaus im Bürgerausschuß unterschrieben haben. Nicht Mannheim und Rheinau waren es, die sich der Eingemeindung hindernd entgegenstellten, sondern Sedenheim. Mannheim ist soweit entgegengekommen, als es möglich war. In den Verhältnissen von Rheinau muß endlich einmal Wandel geschaffen werden. Das kann aber nur geschehen, wenn wir das Gesetz annehmen.

Abg. König (natl.): Es wäre erwünscht gewesen, wenn die Vereinigung von Rheinau und Mannheim sich in vollster Harmonie vollzogen hätte. Nun bestehen aber Meinungsverschiedenheiten hier im Hause und draußen. Wer die Verhältnisse von Rheinau genau kennt, kann zu keiner anderen Ansicht kommen, als daß keine Eingemeindung notwendig ist, als diese. Rheinau und Mannheim sind als Gemeinden schon zusammengegewachsen. Dabei besteht der Zustand, daß das Sargengebiet auf zwei Gemeinden sich verteilt und daß Sedenheim und Sedenheim getrennt auseinanderliegen. Das Sedenheim in eine schwierige Lage gerät, läßt sich nicht bestreiten, es gibt aber nicht bloß Sedenheim, sondern auch Rheinau und Mannheim. Wenn man die Dinge richtig ansieht, muß man zu der Auffassung kommen, daß Sedenheim wirtschaftliche Verluste nicht erleidet. Nach Lage der Sache ist daher auch die Entschädigung keineswegs gering. Mannheim ist soweit gegangen, als es ihm bei der Sache möglich war. Wer will, daß bessere Verhältnisse in der Gemeinde Rheinau geschaffen werden und daß endlich Friede zwischen den Gemeinden eintritt, der muß dem Gesetze zustimmen.

Abg. Dr. Zehnter (Zentr.) empfahl die Annahme seines Antrags, der eine gerechtere Erledigung der Entschädigung herbeizuführen beabsichtigt. Der Redner wendete sich sodann gegen einige Ausführungen des Abg. Vogel, der seiner (des Redners) Partei den Vorwurf gemacht habe, sie sei nicht unparteiisch in dieser Sache, während Herr Vogel als Mannheimer Stadtrat doch selbst gewissermaßen Partei sei.

Abg. Köhler (Zentr.): Als geborener Sedenheimer möchte ich für den Antrag Zehnter mich aussprechen (Heiterkeit; Zwischenrufe: ein Unparteiischer). Wenn der Antrag Zehnter nicht angenommen wird, werde ich gegen das Gesetz stimmen.

Abg. Zehnter (Zentr.) trat gleichfalls für den Antrag Zehnter ein, bemerkte aber, daß er, auch wenn dieser Antrag abgelehnt werde, für das Gesetz stimme, weil in der Frage der Gesamtengemeindung von Seiten des Gemeinderats Sedenheim keinerlei Schritte getan worden sind.

Abg. Vogel-Mannheim (Fortschr. Volksp.): Es ist eigenartig, daß ein Abgeordneter, wenn er für eine Stadt spricht, voreingenommen sein soll. Ich kann die Pflicht des Abgeordneten trennen von der Pflicht des Stadtrats und trete nur aus Ueberzeugung für meine Sache ein. Den Vorwurf der Parteilichkeit habe ich nicht erhoben, sondern mich nur gegen einen solchen Vorwurf gewendet.

Abg. Neuhaus (Zentr.): Ich werde für das Gesetz stimmen. Den Antrag Zehnter habe ich unterzeichnet, weil er mir geeignet erscheint, einen Stein des Anstoßes aus dem Wege zu räumen.

Die Abg. Kopf (Zentr.) und Dr. Zehnter (Zentr.) kamen nochmals auf ihre früheren Ausführungen zurück, wobei sie erklärten, daß von ihrer Seite der Vorwurf der Parteilichkeit nicht erhoben worden sei.

Abg. Benedek (Fortschr. Volksp.): Die Behauptung, man habe von unserer Seite gegen die andere Seite des Hauses den Vorwurf der Parteilichkeit erhoben, muß ich entschieden zurückweisen. Ich konstatiere, daß der Abg. Vogel davon gesprochen hat, daß er mit Unparteilichkeit als Abgeordneter dieser Sache gegenüberstehe. Es erhob sich daraufhin bei der Reden ein höhnisches Gelächter, womit diese Unparteilichkeit angezweifelt werden sollte. Wenn jetzt das Gegenteil behauptet wird, so ist das eine Kabulustil, die ich dem allgemeinen Urteil ruhig überlassen kann.

Präsident Hohrurt: Ich kann diese Äußerung nicht zulassen.

Abg. Dr. Frank (Soz.): Aus Gerechtigkeitsgefühl muß ich das, was der Abg. Benedek ausgesprochen hat, nur unterstreichen. Die Bemerkung des Abg. Vogel wurde durch ein kränzendes Lachen von der Rechten erwidert und Abg. Vogel hat dann nur eine berechtigte Abwehr vollzogen.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Knebel (Zentr.) erklärte Minister Frhr. v. Boban, daß er dem Antrag Süßkind und Gen. zustimmen könne, da ja die Stadt Mannheim schon sich für die Zahl von sechs Vertretern Rheinaus im Bürgerausschuß ausgesprochen habe. Was den Antrag Zehnter und Gen. betrifft, die Entschädigungsfrage nachzuprüfen, die Entscheidung, wenn nötig, zu erhöhen und zur Regelung dieser Angelegenheit eventuell eine Kommission zu ernennen, so bitte ich dieselben Antrag abzulehnen.

Es folgt ein kurzes Schlußwort des Berichterstatters Abg. Dietrich (natl.), worauf in die Spezialberatung eingetreten wurde.

Der zu § 6 gestellte Antrag Zehnter wurde gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt. Zu § 7 lag der Antrag Süßkind vor. Dieser Antrag fand mit großer Mehrheit Annahme. Das ganze Gesetz wurde sodann in namentlicher Abstimmung mit 54 gegen 15 Stimmen angenommen; 11 Mitglieder der Zentrumsfraktion stimmten für das Gesetz.

Abg. Dietrich (natl.) berichtete hierauf namens der Kommission für Justiz und Verwaltung über den Gesetzentwurf, betr. die Wahl der Landtagsabgeordneten in den fünf größten Städten. Die Kommission beantragt die Artikel 2 und 4 des Entwurfs, welche eine neue Wahlkreisordnung in den großen Städten und einen sechsten Abgeordneten für Mannheim vorsehen, zu streichen, im übrigen den Entwurf anzunehmen und zwar Artikel 3 als Artikel 2. Es wird nun die Regierung entweder eine neue Vorlage mit Mannheim als fünf Abgeordneten machen, oder sie kann beschließen, daß das Verordnungsrecht der Regierung laß greift.

Darnach wurde die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung: Mittwoch 9 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung.

zu und nahmen Platz, sodas zwischen ihnen ein leerer Stuhl blieb. Silberster erzitterte, denn sofort wurde ihm klar, daß er zwischen diesen heimlichen Feindern sitzen sollte, die gedungen waren, seine Seele durch Blicke und Worte zu martern. Gehemmt durch dumpfe Empfindung blieb er stehen. Widerwillen gegen diese beiden Männer erfaßte ihn, ohne daß er sie kennen gelernt hatte. Es war wie in einem Zwangszustande, wo der Mensch etwas tun möchte, ohne die nötige Kraft zu finden. Er kam nicht weiter, er fühlte es. Immer sah er den massiven Kopf mit dem roten Narbengesicht, der ihm wie der Kopf eines Menschenfressers erschien, vor dem die Kinder sich fürchteten. Er kam sich in diesem Augenblick wie ein richtiges verirrtes Kind vor, das von Angst durchschüttelt wird. Um nicht aufzufallen, tat er so, als suchte er noch immer; und während er seinen Blick über die Tafeln irren ließ, erfaßte er in einer Minute das ganze Saalbild, ungefähr wie in einer geistigen Momentaufnahme, die unauslöschlich bleibt. An der Quertafel setzte sich gerade sein Vater. Rechts und links von ihm nahmen der Minister und Prinz Gliska die Ehrenplätze ein. Dann reichte sich Uniform an Frad, Frad an Uniform. Noch immer kamen Herren, suchten nach ihren Plätzen und setzten sich. Lange Reihen Chrysanthen entlang. Die Gläser funkelten, das Silber blitzte, im Kristall spielten bunte Farben. Und blutiger leuchteten die Schirme um die Lichter. Oben an der Decke glitzte das elektrische Licht, der Purpur auf den Wandbildern knallte, und in den riesigen eingelegten Paneelsiegeln wiegte sich dieses prächtige Bild, scheinbar erweitert in lange Nebenräume hinein. An der offenen Seite der Tafel stand das Bodium, wo die Zigarettenkapseln des Rigo Lajos in Nationaltracht leise die Geigen stimmte. Etwas Kaltes, noch Ungewohntes lag über allem, das gleichsam erst noch der Ermunterung der Gemüter bedurfte, um Wärme hineinzufragen. Stief und würdevoll pflanzten sich bereits die Libredienere des Hotels hinter den Gästen auf, um die Gläser zu füllen.

Prinz Gliska tippte den Gastgeber an. „Durchschlaucht mühsam.“ „Sagen Sie, ich sehe ja Baron Strich nicht.“ „Gut leider ablagen müssen — im letzten Augenblick. Unpäßlich geworden.“ „D, das tut mir leid.“ „Mir auch.“ Nichts in seinen Zügen verriet, daß er gerade das Gegenteil hatte sagen wollen, und daß trotz seiner wenig verbindlichen Maske Dinge in seinem Innern vorgingen, die ihm gerade heute jede Lust zum Vergnügen hätten nehmen müssen, wenn er nicht der Mann der eiser-

nen Beherrschung gewesen wäre. Zwei Tage vorher war er Strichs Beziehung von der Carlou auf die Spur gekommen, wobei wie immer der blinde Zufall gewaltet hatte. Zurichtbare Wut war in ihm aufgestiegen, die auch nicht durch die Ausrede seiner Geliebten gemildert wurde, daß es sich nur um eine vergebliche Nachstellung des Barons handle, wo durch ihre Treue nicht erschüttert worden sei. Er hatte es gar nicht nötig gehabt, dem Freiherrn den nötigen Wink zu geben, denn dieser besaß genug Verständnis für seine Lage und verzichtete von selbst auf die Ehre, heute hier Gast zu sein. Alles weitere mußte sich von selbst ergeben. „Wie meinen Erzellenz?“ Arno von Trost hatte sich wieder nach links zu wenden.

„Dann kam Gliska mit dem wichtigsten hervor. „Was ist denn mit Silberster los? Ich habe ihn noch nie so verhiert gesehen.“ „Wie immer sein Zustand, mein verehrter Prinz. Unmöglich habe ich mich daran gewöhnt.“ „Er scheint seinen Platz nicht zu finden.“ „Er wird ihn schon finden. Große Leute lieben es, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken.“ Sein Lachen war nur Spott. Trotzdem verspurte er plötzlich Unruhe, denn ihm selbst war dieses Verhalten seines Sohnes nicht entgangen.

Gen. Linten, seitwärts vom Orchester, kam man bereits mit der dampfenden Suppe heraus. Ein ganzer Dienetroß erlud sich, um das erste Werk zu verrichten. (Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Historische Funde in Konstantin. Im Rheintorturm, einem alten Wahrzeichen der Stadt Konstantin, von dem aus bis zum Jahre 1856 eine hölzerne Brücke den rechtsrheinischen mit dem linksrheinischen Stadteil verband — die Brücke brannte im Jahre 1856 ab und wurde dann durch die jetzige eiserne Rheinbrücke ersetzt — wird zurzeit ein altes Gemälde, Christus am Kreuz darstellend, zur Erhaltung sachverständig behandelt. Bei der Untersuchung der übrigen Wand in der Halle fand man gegenüber dem Bilde unter der Tünche ein wohl erhaltenes, als Fresko gemaltes, ein Meter hohes Wappenschild mit dem Doppeladler der Grafen von Norddorf, stiffter dieser brug. Durch den Grafen übertrag ist die Nachricht übermitteln, daß dieser Graf von Norddorf die Rheinbrücke im Jahre 923 gestiftet habe. Unklarlich ist jedoch, daß erit im Anfang des 13. Jahrhunderts durch Graf Mangold von Norddorf die Rheinbrücke gestiftet wurde. Nach Ansicht der Sachverständigen ist die Malerei des Wappenschildes auf das Ende des 15. oder den Anfang des 16. Jahrhunderts zurückzuführen. Die Malerei wird für Kunsthistoriker von großem Interesse sein.

Badische Politik.

Die Münchener Gesandtschaft und die Nationalliberalen.

Wenn die nationalliberale Landtagsfraktion in der Frage der Streichung der Münchener Gesandtschaft umfällt, hat sie tatsächlich den blutigen Hohn, mit dem sie im „Bad. Beobachter“ überschüttet wird, voll auf verdient. Das Zentralorgan der badischen Zentrumspartei schreibt nämlich:

Wir gestehen, die nationalliberale Partei hat eine glorreiche Führung: zuerst schärfsten Fraktionszwang für die Ablehnung des Postens, große Worte zur Begründung dieses einzig sentrechteten Standpunktes und dann — na, dann wird die Scheibe gedreht und die Herrschaften stehen, ohne ihre Stellung natürlich geändert zu haben, auf der Seite der Befürworter. Hat die Sparagne ihre Grundzüge schon wieder aufgegeben? Scheint eine sehr moderne Dame! Wahrscheinlich andere Parteien müssen ja vor Reid berien ob des hervorragenden Führertalents, das in der nationalliberalen Partei Badens wirkt. Heil den Unentwegten! Die ganze Aktion endet zuletzt in einem Wisch Papier, einer hier tatsächlich nichtsagenden und zu nichts verpflichtenden Resolution. So kommt es in der Tat, wenn die Nationalliberalen nicht bei ihrer ablehnenden Haltung zur Beibehaltung der Münchener Gesandtschaft verbleiben.

Der bestrafte Fahnenjunker.

Die Freiburger „Volkswacht“ brachte am 23. April einen Artikel mit der Ueberschrift: „Die militärische Rechtspflege“. Sie führte einen Fall an, wonach der Fahnenjunker Kassauf von der 8. Komp. des Inf.-Reg. Nr. 113 in Freiburg sich einer Achtungsverletzung gegenüber dem Feldwebel, seinem Vorgesetzten, schuldig machte. Außerdem hatte sich Kassauf gewiegert, dem Befehl zum Kirchgang Folge zu leisten; an einem Abend blieb er auch über Zapfenstreich aus. Die Fälle kamen zur dienstlichen Meldung. Fahnenjunker Kassauf erhielt dann wegen Achtungsverletzung, Gehorsamsverweigerung und Ausbleibens über Zapfenstreich — 3 Tage Kasernenarrest. Die „Volkswacht“ warf im Anschluß an die Konstatierung dieser Vorkommnisse die Frage auf, was wohl ein gewöhnlicher Soldat für diese Delikte für eine Bestrafung zu gewärtigen gehabt hätte. Strenger Arrest oder Festungshaft wären ihm wohl sicher gewesen. Die Artikel hat gewirkt. Selbstverständlich war man in den Offizierskreisen des Regiments 113 nicht erbaut über die Feststellungen der „Volkswacht“, umso mehr, als der betr. Artikel auch für die Mannschaften kein Geheimnis blieb. Es wurden auch eingehende Recherchen angestellt. Das ist begreiflich, denn die Neugierde, wieso sogar die „Volkswacht“ so genau orientiert ist über die internen Vorgänge innerhalb des Regiments, mag wohl ziemlich groß gewesen sein. Natürlich hatten aber die Erhebungen nur ein negatives Ergebnis. Nur teilt die „Volkswacht“ mit, daß Fahnenjunker Kassauf — er ist der Sohn eines Komulns — nachträglich noch vom Regiment mit 5 Tagen Mittelarrest bestraft wurde, weil er dem Feldwebel ungebührlich antwortete. Außerdem mußte er als Einjähriger in die Front eintreten; auch soll ihm eröffnet worden sein, daß er auf eine Beförderung nicht zu rechnen hat, die Offizierslaufbahn ihm also verschlossen bleibe. Kassauf ist dann auf sein Ergehen hin zum Inf.-Regiment Nr. 87 in Mainz verlegt worden.

Anknüpfend hieran schreibt nun die „Volkswacht“: Selbstverständlich war es uns mit unserm Artikel nicht etwa darum zu tun, den Fahnenjunker in Arrest zu bringen oder ihm Hindernisse für seine Offizierslaufbahn in den Weg zu legen, aber wir mußten an Hand dieses eklatanten Falles zeigen, wie unverständlich dann die drakonischen Strafen wirken müssen, die gegen gemeine Soldaten ausgesprochen werden, wenn sich dieselben solcher Vergehen wie Kassauf schuldig machen. Hierfür nur noch ein Beispiel: Ein Musikfrier der 10. Komp. des Reg. 113 wurde kurze Zeit nachher wegen Achtungsverletzung zu 4 Wochen strengem Arrest verurteilt. 4 Wochen strenger Arrest, d. h. nur alle drei Tage einen sogenannten guten Tag zu haben, wo die gewöhnliche Kasernenkost verabreicht wird und das Tageslicht die Zelle durchleuchtet, während der „Sträfling“ die zwei andern Tage in finsterner Zelle bei Wasser und Kommißbrot zubringen muß, sind eine Strafe, die für den, der sie verbüßen muß, dauernde Schädigung seiner Gesundheit bedeuten kann. Was das für einen Menschen heißt, der später wieder im harten Daseinskampf sein Brot verdienen muß, brauchen wir nicht erst zu schildern. Ein Fahnenjunker und Sohn eines Komulns wird natürlich auch dann kaum von Existenzsorgen gequält werden, wenn er fünf Tage Mittelarrest abgemaht und dadurch seine Offizierslaufbahn selbst untergraben hat. Reform der Militärgerichtsbarkeit lautet die Forderung, die immer wieder erhoben werden muß, eine Reform, die den fortgeschrittenen Verhältnissen Rechnung trägt und für die sogenannten „Eselsten und Besten der Nation“ gleiche Rechte schafft.

Noch höhere Agrarzölle.

In Baden-Baden war am Freitag der ständige Ausschuß des Deutschen Landwirtschaftsrates verammelt. U. a. wurde über die Vorbereitungen der landwirtschaftlichen Körperschaften für den Abschluß neuer Handelsverträge verhandelt, worüber der Präsident Dr. Graf von Schwerin-König referierte. Der Ausschuß beschloß, die landwirtschaftlichen Vertretungen in allen Bundesstaaten aufzufordern, durch eingehende Erhebungen festzustellen, welche Erzeugnisse der einheimischen Landwirtschaft und Gärtnerei eines besseren Schutzes bedürftig sind. Die Herren Agrarier wollen sich also für eine neue Zollkampagne rüsten, um beim Ablauf der Handelsverträge im Jahre 1917 wieder ihr Schäfchen sicher zu können. Hoffentlich macht ihnen der Reichstag einen Strich durch die Rechnung. Bei den agrarischen Reigungen der meisten Nationalliberalen ist freilich nicht mit Sicherheit darauf zu rechnen.

Der „Bad. Landesbote“

bleibt dabei, daß die von ihm gegebene Schilderung über die Haltung der beiden volksparteilichen Abgeordneten in der Budgetkommission von dem Gesetzentwurf über die Erhöhung der Warenhaussteuer zutreffend sei. Demgegenüber behaupten wir nach wie vor, daß diese Schilderung den Tatsachen nicht entspricht. Der eine der volkspartei-

lichen Abgeordneten, der früher stets mit der Sozialdemokratie prinzipiell gegen die Warenhaussteuer stimmte, ist mittlerweile umgefallen und plädierte diesmal für die Erhöhung der Warenhaussteuer, während sein Fraktionskollege sich im wesentlichen auf den prinzipiellen Standpunkt der Sozialdemokratie hielt, seine Abstimmung aber von der Annahme eines Antrags abhängig machte, der auch die Zustimmung der Sozialdemokratie fand. Der Gegensatz zwischen der Haltung der beiden völksparteilichen Abgeordneten war ein offensichtlicher und läßt sich nicht hinwegdisputieren.

„Eine sozialdemokratische Worttat.“

So überschreibt der „Bad. Beobachter“ in seiner Samstagsnummer mit großen Lettern eine Schauernotiz, die er der „Deutschen Tageszeitung“ nachdruckt. In dieser wird mitgeteilt, daß in Le Mans ein französischer Erbarbeiter getötet worden sei, weil er diesem Verbands nicht beitreten wollte.

Frühere Erfahrungen haben uns gelehrt, die Mitteilungen des Pariser Vertreters der „Deutschen Tageszeitung“ mit größter Vorsicht aufzunehmen. Aber nehmen wir einmal an, der Fall, über den er telegraphiert, läge so, wie der Berichterstatter es behauptet, was gibt dem „Bad. Beobachter“ das Recht, den Angreifer als einen Sozialdemokraten hinzustellen und sein sensationelles Telegramm mit dem Satz zu beginnen: „Die lange Reihe der von Sozialdemokraten in Frankreich verübten Verbrechen ist um ein neues vermehrt worden?“

Ein auch nur einigermaßen gewissenhafter Journalist würde es für unter seiner Würde halten, so zu berichten, und ein Blatt, das auf journalistischen Anstand hielt, würde darauf verzichten, solche Nachrichten wiederzugeben und durch eine sensationelle Ueberschrift noch besonders für seine parteipolitischen Zwecke zu fruchtifizieren.

Die Herrschaft des Klerus über die Zentrumskolonnen.

In einer Polemik gegen den badiischen Zentrumsführer Geißl. Rat Bader schreibt die anti-klerikale „Kölnner Korrespondenz“, daß Oberlandesgerichtspräsident Abg. Dr. Peter Spahn „sich die Idee der Osterkonferenz in etwas potenziertem Maße zu eigen machte“, wonach das Zentrum grundtätig im Einklang mit dem Katholizismus bleiben muß. Am Schlusse des Artikels heißt es:

„Es können Fragen entstehen, in denen das Zentrum nicht weiß, wie es entscheiden muß, um den Einklang mit den katholischen Grundfragen zu wahren. Was tut die Fraktion in solchen Fällen? Sie informiert sich bei den theologischen oder kirchlichen Autoritäten. So hat es Windthorst gehalten und die anderen Parteiführer haben es stets so geübt. Windthorst reiste bei den Bischöfen herum und verhandelte schriftlich und mündlich mit dem Wiener Kautius. Seine Nachfolger in der Parteileitung machten es ebenso. Als z. B. der Ehegesetzbuch des B. G. B. fabriziert wurde, da haben die maßgebenden Instanzen mit hochmöglicher Gewissenhaftigkeit sich informiert, wie weit sie vom katholischen Standpunkt aus gehen könnten. Aus neuerer und neuerer Zeit können wir für die Fühlungnahme des Zentrums mit der Kirche deutliche Beispiele anführen.“

Aus dem Landtag.

Wann erfolgt der Schluß des Landtags?

Diese Preisfrage macht seit Wochen die Kunde unter den Landboten, aber eine Lösung konnte noch nicht gefunden werden. Ja es scheint, als ob die Regierung einwilligen noch gar nicht daran denkt, den Landtag zu schließen. Am Montag endlich wurde der seit Monaten angekündigte Gesetzentwurf über die Errichtung des Murgkraftwasserwerks eingebracht, und zwar mit dem ausdrücklichen Wunsche, ihn noch in dieser Tagung zu erledigen. Und in der gestrigen Sitzung legte die Regierung schon wieder einen Gesetzentwurf über die Regelung des Armenwesens vor, der allerdings zunächst an die erste Kammer geht. Gegen solche Zumutungen sollten die Landstände Protest erheben. Es geht doch nicht an, am Ende einer an Anstrengungen reichen Tagung Gesetzwürfe von großer Tragweite sozusagen im Handumdrehen zu erledigen.

In der gestrigen Sitzung kam zunächst der Gesetzentwurf über die Eingemeindung der Rheinau nach Mannheim zur Verhandlung. In einer ausgezeichneten Rede begründete Genosse Süßkind die Notwendigkeit dieser Eingemeindung, die der Stadt Mannheim große Opfer auferlege. Die sachverständigen Darlegungen des Genossen Süßkind verfehlten ihren Eindruck nicht. Im Gegensatz dazu waren die Ausführungen des Abg. Kopp, der gegen die Eingemeindung sprach, von irgendwelcher Sachkenntnis nicht getrieben. Nach längerer Debatte wurde die Eingemeindung der Rheinau mit allen gegen 12 Stimmen des Zentrums und 3 der Konservativen nach der Regierungsvorlage beschlossen.

Die Budgetkommission

hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, jetzt nicht mehr in der Beratung des Gesetzentwurfs über das Murgkraftwasserwerk einzutreten, sondern die Beratung auf das Späthjahr zu vertagen. Allgemein war man der Ansicht, daß ein Gesetzeswerk von so weittragender finanzieller Tragweite nicht im Handumdrehen erledigen kann. Es sollen nur die bezüglichen Verhandlungen mit der Regierung geführt werden.

Sodann verhandelte die Kommission über die Denkschrift betreffend die Ausbildung der Fortbildungsschule. Der Berichterstatter beantragt, den in der Denkschrift niedergelegten allgemeinen Grundsätzen die Zustimmung zu geben. Gegen die in der Denkschrift vorgesehene Mehrbelastung der Gemeinden wurden von den verschiedenen Seiten Bedenken geäußert. Gegen die Forderung von 15 000 Mark zur Förderung der Jugendorganisationen wenden sich die Sozialdemokraten im Hinblick auf die politischen Tendenzen dieser Jugendvereine. Sie verweisen dabei auf die Tatsache, daß die Regierung es abgelehnt habe, einen Arbeiter- und Arbeiterinnenverein zu den Kursen für Ausbildung der Turnwirte zuzulassen. Die Jugendorganisationen seien zum Kampf gegen die Sozialdemokratie gegründet worden. Der Minister erklärt, daß er seine Zustimmung nicht dazu geben kann, daß Staatsmittel für politische Vereine verwendet werden, wie es die Arbeiterturnvereine sind. Die Sozialdemokraten erheben dagegen energischen Protest.

Gerichtszeitung.

Schwurgericht Karlsruhe.

2. Schwere Urkundenfälschung und Betrug.

In der heutigen Nachmittagsitzung, welche von Landgerichtsdirektor Dr. Obfischer geleitet wurde, stand die Anklage gegen den 23 Jahre alten Kaufmann Philipp Wilhelm August Hinken aus Straßburg i. E. wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugs zur Verhandlung. Die Staatsanwaltschaft wurde in diesem Falle durch Gerichtsassessor Dr. Bühner vertreten. Als Verteidiger fungierte Rechtsanwalt L. Maier. Vermögenswerte zu verschaffen, öffentliche und private Urkunden fälschte, indem er am 18. Februar abends zu Freiburg auf dem Postamt in der Schwarzwalddstraße mittelst Postanweisung eine Einzahlung von 90 Mk. machte unter der Adresse „Herrn Wilhelm Hinken Freiburg i. B., Hauptpostlagernd“, alsdann am andern Tage darauf auf dem Hauptpostamt zu Freiburg am Schalter für postlagernde Sendungen die Postanweisung erhob, nachher auf dem Mittelstück der Anweisung besetzte und den Betrag von 98 Mk. in Zahlen und in Namen Hinken entfernte und den Namen Huber dafür eintrug, ebenso noch weitere zur Sicherung dieser Fälschung nötige Zahlenänderungen vornahm, hierauf mit der so veränderten Postanweisung auf dem Hauptpostamt am Geldbrieffachalter den Betrag von 98 Mk. 90 Pf. erhob und den Empfang desselben auf der Rückseite mit dem falschen Namen Wilhelm Huber quittierte. Um in den Besitz des genannten Geldbetrages gelangen zu können, bedurfte der Angeklagte einer Legitimation. Diese verschaffte er sich gleichfalls durch die Fälschung einer öffentlichen Urkunde. Er besah einen auf seinen Namen ausgestellten Wandergeverbeschein, in welchem er seinen Namen mittelst eines chemischen Präparates entfernte und den Namen Wilhelm Huber eintrug. Auf die gleiche Weise wie in Freiburg wollte Hinken sich Geld erschwindeln, indem er unter dem schon angegebenen falschen Namen eine postlagernde Anweisung von 1 Mk. 15 Pf. in 100 Mk. 15 Pf. veränderte. Als der Angeklagte diese gefälschte Postanweisung beim Geldbrieffachalter in Geld umsetzen wollte, wurde die Fälschung bemerkt und seine Festnahme veranlaßt.

Der Angeklagte, der ein etwas bewegtes Leben hinter sich hat, erklärte, daß er sich habe Geld verschaffen wollen, um ein Geschäftsunternehmen in Leben zu rufen. Auf den Gedanken, mittelst Fälschungen von Postanweisungen zu Geld zu kommen, sei er durch Bemerkungen eines ehemaligen Postbeamten gekommen, mit dem er seinerzeit in Straßburg in Straßburg gewesen. Dieser hätte ähnliche Fälschungen begangen gehabt und ihm Mitteilungen gemacht, wie er sich auf die gleiche Weise Geldbeträge von der Post verschaffen könne. Die Geschworenen bejahten die an sie gestellten Schuldfragen, ebenso die hierzu gestellten Fragen nach mildernden Umständen.

Der Angeklagte wurde daraufhin unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft zu 2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

4. Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode.

Die gestern vormittag zur Verhandlung angelegte Anklage gegen den Landwirt August Hermann Seeger aus Blankenloch wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode kam nicht zur Verhandlung. Der Fall wurde vertagt.

4. Sittlichkeitsverbrechen.

Unter dem Vorhabe von Landgerichtsrat Göttinger wurde in der Nachmittagsitzung des Schwurgerichts die Anklage gegen den Gelegenheitsarbeiter Wilhelm Forstbach aus Mönchen-Glabach wegen Sittlichkeitsverbrechen verhandelt. Während der Dauer dieses Falles wurde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Der Angeklagte war beschuldigt, am 21. März auf Bemerkung Einheimen an einem 16 Jahre alten Mädchen aus diesem Orte sich im Sinne des § 177 R. St. G. B. vergangen zu haben. Nach dem Beweisergebnis erachteten die Geschworenen den Angeklagten nur des versuchten Verbrechens gegen § 177 schuldig. Sie bejahten die nach diesem Verbrechen gestellte Schuldfrage unter Verjagung mildernder Umstände.

Das daraufhin erlassene Urteil lautete unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft auf 3 Jahre 3 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust.

Aus der Partei.

Aus dem **Saarland**. Gegenwärtig wird vom Reichs-Bezirksamt folgendes Schriftstück an die Bürgermeisterämter des Bezirks verendet:

Dr. Bezirksamt. Neßl, den 24. Juni 1912. Nr. 18 820.

Der Vollzug des Reichsvereinsgesetzes betr. die Bürgermeisterrämter des Bezirks. Es ist hierher zu berichten, welche politische Vereine (§ 3 Abs. 1 des Reichsvereinsgesetzes, R. V. G. S. 151) in der dortigen Gemeinde bestehen. Von jedem solchen Verein ist ein Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes und ein Exemplar der Satzung zu erheben und vorzulegen. Die Vereinsvorstände sind neuerdings auf ihre Verpflichtungen nach § 3 des R. V. G. hinzuweisen und den Vollzug anzuzeigen. Unterschrift unleserlich.

Wir geben dieses Schriftstück den Lesern des „Volksfreund“ zur Kenntnis mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß unsere Vertrauensmänner, welche auf Anordnung der Kreisvertrauensmänner und des Landesvorstandes die Parteigeschäfte besorgen, keinerlei Verpflichtungen haben, dieser Aufforderung Folge zu leisten.

Nach § 3 des R. V. G. muß jeder politische Verein einen Vorstand und eine Satzung haben. Wir haben unseren Vorstand im Wahlkreisverein und die Satzungen sind für das ganze Land dieselben; die Vertrauensmänner haben somit mit dieser Sache nichts zu tun.

Zur Werbung. Von verschiedenen Orten des Landes wird uns berichtet, daß Reisende im Auftrage der Buchhandlung des „Volksfreund“ bei den Parteigenossen vorsprechen, um Bestellungen auf Bücher zu erhalten. So z. B. erhielt ein solcher in Oppenau eine Bestellung auf 16 Bücher. Ob diese Bücher gut und dem Preis entsprechend, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir machen darauf aufmerksam, daß niemand für die Buchhandlung des „Volksfreund“ als Vertreter reis. Bestellungen sind direkt an die Buchhandlung des „Volksfreund“, Karlsruhe, Luffenstraße 24, zu richten.

Kommunalpolitik.

Vergaußen, 2. Juli. Die heute stattgefundene Parteiverammlung, zu welcher auch die Volksfreundleser eingeladen und erschienen waren, nahm Stellung zur bevorstehenden Wählermeisterswahl. Nach einem kurzen Referat des Parteisekretärs Frinks und einer daran anschließenden eingehenden Diskussion wurde einstimmig beschlossen, einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Man sprach sich dahin aus, daß die Kandidatur, in Berücksichtigung des Umstandes, daß die sozialdemokratischen Wähler die übergroße Mehrzahl bilden, auch für

den Fall es mehrere Wahlgänge geben sollte, aufrecht zu halten und alles daran zu setzen sei, den Sieg zu erkämpfen. Die Namhaftmachung des Kandidaten findet in einer demnächst einzuberufenden Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins statt.

Gernsbach, 30. Juni. Der Bürgerausschuß beriet in seiner letzten Sitzung das Projekt der elektrischen Bahn Baden-Gernsbach. Die Kosten sind auf 750 000 Mk. veranschlagt, wovon die Stadtgemeinde 400 000 Mk. übernehmen soll. Die Bahnbauarbeiten sollte eine Berliner Firma ausführen. Ein Beschluß wurde in der Bahnsitzung jedoch noch nicht gefaßt, denn es sollen zunächst wegen Aufbringung der Mittel die nötigen Schritte geschehen.

Schorfheim, 30. Juni. Wahlprotest. Nach dem der Protest der hiesigen Fortschrittler gegen die Bürgerausschwahl vom Bezirksamt kostenfällig abgewiesen worden ist, haben die Beschwerdeführer beim Verwaltungsgerichtshof in Karlsruhe Rekurs eingelegt. Infolge dem werden die bisherigen Beschlüsse des Gemeinderates, deren Amtszeit noch nicht abgelaufen ist, der Verhandlungstermin auf den 7. September anberaumt. Es handelt sich dabei um die bisherige verwaltungsrechtlichen Wege noch nicht entschiedene Frage, während der durch das neue Wahlgesetz geschaffenen Übergangszeit die Gemeinderäte, deren Amtszeit noch nicht abgelaufen ist, für den Bürgerausschuß kandidieren dürfen.

St. Georgen, 30. Juni. Nach Beendigung der Bürgerausschwahlwahl steht sich der Ausschuß zusammen aus 34 Mitgliedern des Bürgervereins, 21 Mitgliedern der Freien Bürgervereins und 5 Sozialdemokraten.

Soziale Rundschau.

Frozheim, 30. Juni. Mit dem 1. Juli trat nach einer Bekanntmachung der Regierung eine Erhöhung der Fleischpreise ein. Ochsen, Rind- und Kalbfleisch kosten darnach 96 Pf., was für das Pfund Ochsen- resp. Rindfleisch eine Erhöhung von 6 Pf. bedeutet. Der Preis des Schweinefleisches wird auf 80-90 Pf. festgesetzt.

Aus dem Lande.

Ettlingen.

Bürgerausschwahl. Es sei hiermit nochmals auf die morgen Donnerstag abend halb 9 Uhr in der Stadt, festliche stattfindende öffentliche Wählerversammlung hingewiesen. Wir erwarten von unseren Parteigenossen, daß sie eine lebhaftige Partizipation einfallen.

Baden-Baden.

Elektrische Bahn nach Gernsbach. Der Stadtrat hat seine grundsätzliche Zustimmung für die Erbauung einer elektr. Straße nach Gernsbach-Baden, die von der Stadtgemeinde Gernsbach erstreckt wird, ausgesprochen. Der Stadtrat will auch die Verwaltung und den Betrieb durch das städtische Betriebsamt, ohne Nutzen für die Stadt, übernehmen. Er hat es aber abgelehnt, sich an dem Unternehmen mit Kapital zu beteiligen.

Offenburg.

Streit in der Brauerei Mündinger. Nachdem alle Versuche, die schwelbende Lohnbewegung auf friedlichem Wege zu erledigen, gescheitert sind, da sich die Brauerei Mündinger hinter dem Syndikus des Verbandes oberbadischer Brauereien verschänkte, dieser jedoch alle Verhandlungen ablehnte, legten gestern sämtliche Arbeiter der genannten Brauerei die Arbeit nieder. Die Brauerei will nicht einmal die 10stündige Arbeitszeit untergehen, die heute in fast allen Industriezweigen eingeführt ist. Obwohl gerade in den Brauereien zum größten Teil schon die 9stündige Arbeitszeit eingeführt ist, forderten die Arbeiter nur die gestühnliche, in dem guten Glauben, die Brauerei werde darauf eingehen. Aber die Brauerei Mündinger ließ sich nicht von irgendwelchen Rücksichten den Arbeitern gegenüber leiten. Sie hielt es für gut, den arbeitserfeindlichen Tendenzen des Herrn Dr. Wille-Freiburg zu huldigen, und trieb dadurch die Arbeiter zum äußersten, zum Streik. Wohl hat die Brauerei eine Mark Lohnzulage pro Woche bewilligt, gleichzeitig stellt sie jedoch die Bedingung, den Vertrag, der das Arbeitsverhältnis regelt, auf drei Jahre abzuschließen. Auch sollte derselbe am 1. Januar, also mitten im Winter, ablaufen. Daß sich die Arbeiter auf dieses Verlangen nicht einlassen konnten, dürfte um so eher zu verstehen sein, da z. B. in der Brauerei Karmeliter schon seit zwei Jahren an Gelehrte 26 Mk. pro Woche bezahlt werden, ein Lohn, den die Arbeiter der Brauerei Mündinger jetzt erst, infolge der einen Mark Zulage, erhalten würden. Der alte Vertrag, der am 1. Juni dieses Jahres abließ, dauerte zwei Jahre; wenn man die geforderten drei Jahre des neuen Vertrages dazurechnet, so hätten die Arbeiter der Brauerei Mündinger innerhalb 5 Jahren sage und schreibe eine Mark Lohnzulage pro Woche. Daß dies, gegenüber der eminent steigenden Tendenz der Lebensmittel- und Mietpreise in keinem Einklang steht, dürfte ohne weiteres klar sein. Daß die Herren Mündinger wohl in der Lage sind, die bescheidenen Forderungen zu bewilligen, geht aus deren eigenen Ausspruch, der sie auch entsprechend charakterisiert, deutlich hervor. Herr Mündinger sagte nämlich zu einem Arbeiter: „Was wollt Ihr gegen mich machen? Ich kann mindestens 10 Jahre leben, ohne daß gearbeitet wird.“ Also so viel konnten die Herren Mündinger trotz Biersteuer und Anderes an ihrem Bier verdienen, daß sie gegen die Arbeiter prohen zu können glauben. Aber von wem sind die Arbeiter Großen, die die Herren Mündinger reich gemacht haben? Zu 90 Prozent von der Arbeiterschaft. Das hat die Brauerei Mündinger anscheinend vergessen, sonst wäre ihr Verhalten nicht erklärlich.

Die Arbeiter sind durch das arbeitserfeindliche Verhalten des durch den Freiburger Lohnkampf rühmlichst bekannten Herrn Dr. Wille in den Kampf getrieben worden. Es steht zu befürchten, daß dieser Herr auch fernerhin Kämpfe provozieren wird, wenn den oberbadischen Brauereien nicht gezeigt werden kann, daß sie die Leidtragenden einer solchen Politik sind. Deshalb ergeht an alle gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter von vornherein die dringende Bitte, das Mündinger-Bier so zu bewerten, wie es dies verdient durch das Verhalten dessen Erzeugers.

Guch die Solidarität!
Verband der Brauerei- und Wärlenarbeiter.
Die Streikleitung.

Frozheim, 1. Juli. Der Frozheimener Flugtag letzten Sonntag hat unter keinen günstigen Ausichten begonnen. Vormittags herrschte starkes Regenwetter. Der erste Luftkrieg, den, nachdem eine Besserung des Wetters eingetreten war, der Flieger Mönz unternahm, mißglückte. Dazu kam, daß der Karlsruher Flieger Sengen bei Virensfeld abstürzte. Infolge der böigen Winde wollte Sengen eine Notlandung vornehmen. Dabei stürzte er aus einer Höhe von etwa 150 Metern ab. Glücklicherweise wurde der Sturz dadurch gemildert, daß der Apparat in einer Höhe von 20 Metern sich in Bäume verfang und dann langsam niederkam. Dadurch war es Sengen möglich, aus dem Apparat herauszukriechen. Er sog sich dabei eine

Weimunde zu, die erfreulicherweise nicht erster Natur war. Auch der Flieger Wehne sah sich in die Lage versetzt, infolge eines Defektes an seinem Apparate nach einem Rundflug von 10 Minuten niederzugehen. Der Flugtag ist dann doch noch glücklich zu Ende gegangen mit einem zweiten Flug Mons, der glücklich gelang.

* Biberach, 2. Juli. Heute früh wurde in der Nähe des Brunns im unteren Dorfteile der ledige 28 Jahre alte Tagelöhner Max Mauderer von hier tot aufgefunden. Mauderer war erschoten worden. Wie sich alsbald feststellen ließ, hatte er einen Stich in den Hals erhalten, der die Schlagader durchschneidet und in kurzer Zeit eine Verblutung herbeiführte. Er befand sich gestern abend mit einer Gesellschaft in der Wirtschaft zum "Stern". Auf dem Heimwege scheint es zu Streitigkeiten gekommen zu sein, in deren Verlauf Mauderer erschoten worden ist. Der Verdacht, den verhängnisvollen Stich geführt zu haben, richtet sich gegen den Tagelöhner Adolf Ochs. Dieser wurde heute vormittag verhaftet.

* Heidelberg, 2. Juli. In vorletzter Nacht hat sich ein ausgereifter 60 Jahre alter Mann in dem von ihm gemieteten Zimmer hier erhängt. Wer der Tote ist, konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden.

* Mannheim, 1. Juli. Von Spaziergängern wurden gestern nachmittag am rechten Redarfer beim Friedhof die Leiber des Schlossers K. R. Kipping aufgefunden. Kipping scheint am Samstag abend beim Baden im Redar ertrunken zu sein. Seine Leiche ist noch nicht gefunden.

* Oberkirch, 1. Juli. In dem in voriger Woche gemeldeten Brande bei der Witwe Kopp, wofür das ganze Anwesen niedergebrannt ist, kurtierten verschiedene Gerüchte. Eine Bewohnerin des Hauses gab an, daß ein Mann auf dem Heuboden war und nach ihr mit einem Revolver schuß. Die Staatsanwaltschaft Offenburg hat nun in den hiesigen Lokalblättern folgende Sachhandlung erlassen:

Am 24. 6. 12 (Montag) nachmittags 1/2 Uhr ist auf dem Heuboden eines landwirtschaftlichen Anwesens einer Seitenstraße in Oberkirch im Nächstal ein Brand ausgebrochen, der das ganze von drei Familien bewohnte Anwesen völlig einäscherte. Unmittelbar vor Entdeckung des Brandes ist eine der Hausbewohnerinnen zum Wäscheaufhängen auf den Heuboden gekommen und hat dort plötzlich einen fremden, nachfolgend beschriebenen Mann beim Feuer auf dem Boden liegen gesehen, der aufstund und ihr zurief: "Mädle, wenn was sagst, verschief ich dich". Die Mundart war nicht ortsfremd.

Der Mann soll der Frau dabei auch wirklich einen Revolver entgegengestreckt haben. Die Frau eilte sofort die Leiter hinunter, unmittelbar darauf soll ein Schuß getrachtet haben; eine andere unten an der Leiter stehende Frau sah gleich Feuer beim Feuer; vom Schuß hat diese zweite Frau nichts gehört. Die von der ersten Frau beschriebene Wahnnehmung des Mannes und seiner Drohung erscheinen glaubhaft. Der Mann muß nach Brandlegung über eine andere Leiter durch Scheuer und Gausgarten geflüchtet sein.

Etwa 25 Minuten später will ein Ortspolizeidiener einen Mann ziemlich gleicher Beschreibung etwa 150 Meter vom Brandplatz entfernt in entgegengesetzter Richtung durch die Hauptstraße eilen gesehen haben, der sich auffällig nach dem Brand umgesehen haben soll.

Es ist anzunehmen, daß der von der Hausbewohnerin entdeckte Fremde ein wandernder Handwerksbursche war, der auf dem Heuboden geschnitten hat und sich — etwa wegen sonstiger städtischer Verfolgung — vor der Entdeckung fürchtete, die Frau durch die Drohung verschrecken und auf ihr Gefährte durch die Brandlegung sich einen sicheren Abgang verschaffen wollte.

Ich bitte um umgehende Sachkundung nach Persönlichkeiten, auf die die Beschreibung paßt, Vernehmung bei Betreten und Nachricht an Staatsanwaltschaft Offenburg.

Der Staatsanwalt: Krauß.

* Furtwangen, 1. Juli. Der hinten Vorderstraße 103 ist mit sämtlichen Gebäuden durch Großfeuer zerstört worden. Der Brand war im Baierbauhof entstanden.

* Bilingen, 2. Juli. Ein bei dem hiesigen Amtsgericht beauftragter Kausgehilfe wurde wegen Begünstigung verhaftet. Er hatte einem ihm bekannten Chauffeur in Königsfeld mitgeteilt, daß dessen Verhaftung wegen eines Verdachens bevorstehe, worauf der Chauffeur flüchtete. Bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung des Kausgehilfen kam man auch einem schweren Amtsmißbrauch auf die Spur, den sich dieser zu Schulden hat kommen lassen.

* Engen, 2. Juli. Des wegen des Raubmordes bei Möhringen verfolgte italienische Erbarbeiter Antonio Pomare ist in Belluno (Oberitalien) vor einigen Tagen ermittelt und verhaftet worden. Nach den italienischen Gesetzen wird Pomare nicht ausgeliefert, sobald aller Voraussicht nach die Mordtat vor einem italienischen Gerichte zur Verhandlung kommt.

Der geschäftsführende Vorstand des Radischen Gastwirtsverbandes mit dem Sitz Karlsruhe erwidert die Vorstände der dem Verbands angehörenden Vereine zu der Frage der Einführung der neuen Biergäse in ihren Vereinen Stellung zu nehmen, damit sie bei dem im Juli erfolgenden Zusammentreten der Kommission zur Beratung dieser Frage einen Vereinsbeschluss vorlegen können.

Der Kampf gegen die Genossenschaften.

Als fromme Mittelstandspolitiker und Gegner des Genossenschaftswesens präsentieren sich der Öffentlichkeit in letzter Zeit ein großer Teil der Unternehmer der Fahrrad- und Gummiindustrie und die im Bunde Deutscher Fahrrad- und Kraftfahrzeughändler vereinigten Händler. Bekanntlich hat der 150 000 Mitglieder zählende Arbeiter-Fahradfahrerbund "Solidarität" in Würdigung der großen wirtschaftlichen Vorteile der Konsumgenossenschaften für seine Mitglieder ein eigenes Geschäft, das Fahrradhaus "Frischkauf" errichtet, das zurzeit außer dem Hauptgeschäft in Offenbach a. M., dem Sitz des Bundes, in den größeren Städten (darunter auch Mannheim) 12 Filialen und über ganz Deutschland verbreitet an 200 Verkaufsstellen errichtet hat. Gegenüber den bestehenden Zuständen im Fahrradhandel, in dem heute die Arbeiter den weitestgehenden Teil der Konsumgüter ausmachen, war die Gründung dieser Konsumgenossenschaft geradezu zur Notwendigkeit geworden, weil Täuschung und Ueberbeteuerung der Konsumenten nirgends leichter ist, als auf dem Gebiete des Fahrradmarktes und somit Hunderttausende von Arbeitern, denen der Besitz eines Rades aus Erwerbs- und anderen Gründen zu unbedingter Notwendigkeit geworden ist, der Gefahr schwerer Schädigungen ausgesetzt waren.

Die vom Arb.-Radf.-Bunde ins Leben gerufene Konsumgenossenschaft, die im Jahre 1911 schon einen Umsatz von einer Million Mark erzielte, hat sich natürlich genau so wie die Konsumvereine der Lebensmittelbranche zum Prinzip gemacht, nur gute Ware zu maßigen Preisen zu liefern. Durch Zentralisierung des Einkaufs ist es dem Unternehmen natürlich ein leichtes, enorme Ersparnisse zu machen und bedeutend billiger einzukaufen, als die kleinen Fahrradhändler; außerdem aber wird auch die Ware nicht mit so hohen Verkaufspreisen belastet wie

im Kleinhandel, so daß den Konsumenten wesentliche Vorteile beim Einkauf entstehen.

Die organisierten Fahrradhändler sehen in dem Unternehmen eine Gefährdung ihrer Existenz; sie bezeichnen den Bund als "sozialdemokratisch", der mit seinem Unternehmen den Mittelstand vernichten wolle und rufen die staats-erhaltenden Parteien um Hilfe an. Den Arbeitern sprechen sie das Recht ab, sich zu Konsumgenossenschaften zu vereinigen und betrachten den Fahrradhandel als ihr geheiligtes Privileg, das niemand antasten darf. Sie fürchten die Arbeiterorganisation, die zum Nutzen der Konsumenten wieder Treu und Glauben und Reellität im Handel verlangt und durchführt. Sie jammern zum Steinerweiden, daß die Arbeiter, die bisher ihre Kunden waren, nunmehr ihnen verloren gehen sollen.

Mit allen Mitteln suchen sie deshalb das kräftig aufblühende Unternehmen zu bekämpfen und es, wenn möglich, gänzlich zu vernichten. Da die Händler hierzu allein nicht imstande sind, haben sie die Fabrikanten der Branche für sich gewonnen, indem sie diese mit der Gefahr granlich machten, die ihnen durch die zukünftige Selbstproduktion der Konsumvereine der Radfahrer angeht. Tatsächlich hat sich eine große Zahl von Fabrikanten dem Händlerverband gegenüber verpflichtet, an das Fahrradhaus "Frischkauf" keine Waren zu liefern. Trotzdem sind dem Unternehmen die Firmen treu geblieben, die bisher Lieferanten waren, weil sie von seiner Reellität überzeugt sind. Die Händler versuchen alles, um auch diese Firmen abtrünnig zu machen; ihre Versuche sind jedoch bisher ohne Erfolg geblieben.

Die Fabrikanten, die sich verpflichtet haben, an die Arbeiter-Konsumgenossenschaft nicht zu liefern, sind nicht abgeneigt, ihre Ergebnisse in Arbeiterkreisen abzugeben, ja sie rechnen sogar stark auf Arbeiterlandschaft. Das beweisen sie damit, daß sie ihre Waren in den Partei- und Genossenschaftsblättern durch Annoncen empfehlen. In dem in einer Auflage von 152 000 Exemplaren erscheinenden "Arbeiter-Radfahrer" zu inserieren, haben die Händler den Fabrikanten verbieten und jede Firma, die es wagt, in der gelestenen Fachzeitschrift der Radfahrer "Fahrräder" oder "Fahrradbeilage" zu empfehlen, wird von den Händlern boykottiert. Die bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit über den Terrorismus der Arbeiter heulenden Mittelhändler im Fahrradhandel treiben selbst den schlimmsten Terrorismus gegenüber den Fabrikanten und Lieferanten, die an "Frischkauf" liefern, zu deren Boykottierung sie in ihren Kreisen alle Hebel in Bewegung setzen.

In Anbetracht dieser Sachlage richten wir an alle Partei- und Genossenschaftsorgane, die Radfahrer sind, die Bitte, bei ihren Einkäufen die Genossenschaft der Arbeiter-Radfahrer zu berücksichtigen. Die Fahrradhändler sind auch im Verein mit den Fabrikanten nicht in der Lage, den ihnen verhassten Konsumverein zu vernichten, wenn die Konsumenten zu ihm stehen. Das Unternehmen verdient die Unterstützung aller Arbeiter, weil es nicht nur gute Ware zu realen Preisen liefert, sondern auch in seinen Betrieben, in denen heute bereits circa 100 Personen beschäftigt sind, die Forderungen der Arbeiter — Stündliche Arbeitszeit und antändliche tarifliche Entlohnung — durchgeföhrt hat.

In allen namhaften Orten Deutschlands befinden sich Filialen oder Verkaufsstellen des Fahrradhaus "Frischkauf"; wer seine Bedürfnisse dort deckt, hat die Gewähr, daß er gute Ware zu realen Preisen erhält und nicht die Feinde der Konsumbewegung unterliegt.

Kein radfahrender Arbeiter unterstütze die arbeitereindlichen Händler und die ihnen verbündeten Fabrikanten!

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 3. 7.

Der Streik der Kellner im Café Bauer

Ist gestern nachmittag im Wege der Unterhandlung zwischen einem Vertreter der Organisation der Gastwirtschaftlichen, einem am Ausstand beteiligten Kellner, Arb.-Sekr. Willi und dem Inhaber des Café Bauer, Herrn Wolff beigelegt. Sämtliche im Ausstand gestehene Kellner haben gestern abend bereits die Arbeit wieder aufgenommen. Die neuen Arbeitsbedingungen haben die einmütige Zustimmung der am Ausstand beteiligten Kellner gefunden.

Solzarbeiterverband.

Ueber "Die soziale Lage der Arbeiter in Baden" hielt Gen. Leppert in einer Mitgliederversammlung der Solzarbeiter einen äußerst interessanten und lehrreichen Vortrag. Als Unterlage hatte der Vortragende den Bericht der badischen Landesversicherungsanstalt benützt. Das diesem Bericht entnommene Material ist es wert, im weitesten Kreise der Arbeiterschaft die nötige Beachtung zu finden, denn es ist so, wie Gen. Leppert ausführte, das tägliche Umgeben mit Gefahren macht unsere Sinne stumpf gegen solche, deshalb ist es notwendig, daß dieselben jedem Arbeiter immer wieder auf das Neue gezeigt werden. Fast ein Drittel von allen versicherungspflichtigen Erwerbstätigen in Baden sind Frauen. Eine treffliche Illustration des Wortes von bekannter Seite: "Die Frau gehört in das Haus". Redner schilderte die Schäden und Nachteile der Frauennarbeit eingehend und ist der Ansicht, daß die Arbeiterschaft auch hier nur durch Selbsthilfe Besserung dieses unzulässigen Zustandes herbeiföhren könne. Der Aufklärung und Organisierung gerade der Arbeiterinnen müsse mehr Beachtung geschenkt werden. Das Durchschnittsalter der Industriearbeiter liege zwischen 40 und 50 Jahren, und die Arbeiterwitwe, die vielleicht noch das Glück hatte, bei Lebzeiten ihres Mannes nicht in die Fabrik gehen zu müssen, ist nun nach dem Tode ihres Mannes wieder genötigt, in die Fabrik zu gehen, um den Unterhalt für sich und ihre Kinder zu verdienen. Angesichts dieser Zustände sei es ein blühiger Hohn, auf unsere Versicherungsanstalten ein Loblied zu singen, die dem Arbeiter erst im Alter von 70 Jahren eine Altersrente gewähren. Noch heute werde der Sozialdemokratie der Vorwurf gemacht, daß sie, als Bismarck die Arbeiterversicherung geschaffen, dagegen gestimmt habe. Die Sozialdemokratie habe aber damit lediglich zum Ausdruck gebracht, daß es eine Schande sei, so etwas der Arbeiterschaft zu bieten. Die Unternehmer wurden durch die gesetzliche Arbeiterversicherung entlastet und der Arbeiter, der in die übige Lage kommt, irgend einen Anspruch auf Rente erheben zu müssen, wird auf Sungerlast gesetzt. Inwieweit gibt es überhaupt nur, wenn der Versicherung nicht mehr imstande ist, ein Drittel seines bisherigen Verdienstes zu verdienen. 802 Personen, davon 300 weibliche sind in Baden allein im Jahre 1910 wegen Lungenkrankheit inakzidentenbezugsberechtigt, und das trotz der vielen Maßnahmen gegen diese Volksseuche. Fast 65 Prozent der Renten wurden gleich an die Armenverwaltungen bezahlt und dafür werden dann diese Leute, die die Unterstützung der Armenverwaltung, weil die Rente eben viel zu klein ist, noch nebelhaft in Anspruch nehmen müssen, ihrer bürgerlichen Ehrenrechte verlustig und obendrein von denen verachtet, denen sie früher zur Erziehung des Volkes die Arbeitskraft geopfert haben. Die Zahl der Lungenkrankheitsfälle sei größer geworden. In Lungenheilstätten werde wohl Besserung erzielt, aber alle guten Ermahnungen und Ratsschläge, die dort erteilt werden, könnten

nachher nicht gehalten werden, weil die Mittel dazu fehlen und der Kampf ums Dasein die Leute wieder in die alten Verhältnisse zurückschleudert. Und wie viele, die ein Heilwerden notwendig gebrauchen sollten, kommen überhaupt nicht dazu; da muß es empören, wenn durch die neue Reichsversicherungsordnung den Landesversicherungsanstalten Einschränkung der Heilbehandlungen geboten wurde. Gerade der Umstand, daß vieles nur auf dem Wege der Gesetzgebung gebessert werden könne, mache es zur Notwendigkeit, daß die Arbeiter nicht nur gemeinschaftlich, sondern auch politisch sich mehr zusammenschließen, denn nur einzig und allein unserer Macht würden unsere Gegner weichen.

Der Versammlungsleiter, Koll. Grefschel dankte im Namen der Versammlung dem Referenten für den vorzüglichen Vortrag und bedauerte, daß die Versammlung nicht einen stärkeren Besuch aufzuweisen hatte. Es schloß sich an den Vortrag noch eine Diskussion.

Schutvorrichtungen an Maschinen. Im Hinblick darauf, daß Schutvorrichtungen an Maschinen usw. am praktischsten und billigsten beim Bau der Maschinen und Gerätschaften hergestellt werden können, und daß Gefahren für die Arbeitnehmer, Unannehmlichkeiten, Betriebsstörungen und unersparniswürdige Kosten für die Arbeitgeber vermieden werden, darf man annehmen, daß ein Vorschlag Anfall findet, der seitens des Gewerbeaufsichtsamtes der Handelskammer Karlsruhe unterbreitet wurde.

Bislang wurde den Aufsichtsbeamten anlässlich der Revisionen gemeinsamer Betriebe bei Beanstandung ungenügend geschützter, neubeschaffter Maschinen, Apparate usw. seitens der Betriebsunternehmer der Wunsch ausgesprochen, die Gewerbeaufsichtsbehörde möge den Maschinenfabrikanten oder Lieferanten vorschreiben, alle Betriebseinrichtungen so anzufertigen und zu montieren, daß sie hinsichtlich des Unfallschutzes allen Anforderungen der Gewerbeaufsichtsbehörde und der Unfallversicherungsbestimmungen der zuständigen Berufsgenossenschaft entsprechen. Mangels gesetzlicher Handhaben ist jedoch dieser Weg nicht gangbar. Dagegen könnte den durch nachträgliche Sicherungsanordnungen oft schon hervorgerufenen Unannehmlichkeiten und Verzögerungen durch folgende bereits hier und da angewendete Maßnahme erfolgreich entgegengetreten werden. Der Unternehmer verbietet seinen Auftrags nur an einen Fabrikanten oder Lieferanten, der die nachstehende schriftliche Verpflichtung eingeht: Verpflichtung. Der unterzeichnete Fabrikant (Lieferant, Reisende) verpflichtet sich, auch im Namen der den Auftrag ausführenden Firma, daß die von ihm an Herrn ... in ... zu liefernden, zu installierenden oder verkaufenden Betriebsvorrichtungen, Maschinen, Gerätschaften usw. bei der Lieferung oder ersten Inbetriebnahme allen auf Grund des § 120a der Reichsgewerbeordnung zu fordernden Vorschriften entsprechen, namentlich daß sie mit allen Schutvorrichtungen versehen sind, welche die Unfallversicherungsbestimmungen der für den Abnehmer zuständigen Berufsgenossenschaft vorschreiben. (Datum, Unterschrift des Lieferanten).

Die Handelskammer bringt einem Beschlusse ihrer Vollversammlung vom 1. ds. Mts. entsprechend dieses Verfahren allen beteiligten gewerblichen Betrieben in Vorschlag. Den leitenden Leibelständen würde voraussichtlich in manchen Fällen dadurch auf einfache Weise abgeholfen werden können.

Zum Kapitel "Pfadfindertüdel" schreibt man uns: Am Sonntag mittag 1/2 Uhr hatte ich zufällig Gelegenheit, in der Karl-Friedrichstraße drei Pfadfindertüdel zu sehen. In entgegengesetzter Richtung kamen drei Offiziere. Das kommandierte plötzlich der Pfadfinder-Unteroffizier oder "Gefreite": "Augen auf" und die drei Buben stampften zum Gaudium der Passanten wie toll auf das Straßenpflaster. Ich weiß nicht — so schreibt der Einsender — ob derartige "Ehrenbegehungen" im "Exerzierreglement" des Pfadfinderkorps vorgeschrieben sind oder nicht, ich kann nur bezeugen, daß verschiedene Passanten lächelnd den Kopf geschüttelt haben über den ganz neu in Erscheinung tretenden Bubenmilitarismus. Für diesen Militarismus muß man allerdings mehr die alten Gef verantwortlich machen, wie die jungen Burschen, die sich von jenen eben gar leicht den Kopf berühren lassen. Alle diejenigen aber, die noch so etwas von gutem Geschma in sich haben, sollten dafür sorgen, daß die ebenso lächerliche wie überflüssige Pfadfinderei so schnell wie möglich wieder von der Weltfläche verschwindet.

Unfälle. Umgekehrt ist gestern mittag in der Markgrafenstraße ein hoch mit Möbeln beladener Britzgenwagen, als er zu weit nach links gefahren wurde. Ein vorbeifahrender Remonteur, welcher neben her lief, wurde von dem umfahrenden Wagen zu Boden gerissen und erlitt ansehend innere Verletzungen. — Beim Heruntertreten vom Gehweg brach in verstopfener Nacht in der Karlstraße hier ein pensionierter Postkellner den linken Fuß unterhalb des Knöchels. Der Verunglückte wurde mittels Krankenautos nach dem städtischen Krankenhaus verbracht.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Billiger Abend im Stadgarten. Heute abend findet im Stadgarten wiederum ein sogen. billiges Konzert statt. Der Eintritt beträgt hierzu für Inhaber von Stadgarten-Jahreskarten 10 Pf. und für sonstige Personen 20 Pf. Die Musik wird von der Feuerwehrlapelle gestellt unter der Leitung von Herrn Kapellmeister S. Steinbeck.

Stadgartentheater. Johann Strauß' Meisteroperette "Fledermaus" geht heute in Szene. Hr. Fiebigler singt die Rosalinde, Hr. Conti die Ubele, während Herr Ander den Prosch, Herr Land den Franz, Herr Richter den Falke, Herr Verhegen den Alfred und Herr Warbel den Eisenstein spielt. "Die Fledermaus" ist ein unverwundliches Repertoirestück sämtlicher Theater und wird sicher eine große Anziehungskraft ausüben. Der Vorverkauf, auch für Duzenbraten, befindet sich bei Gschw. Moos, Kaiserstr. 66, in der Zeit von 11—1 und von 4—6 Uhr nachmittags. Sonntags nur von 11—11 Uhr im Stadgartentheater.

Gastspiel Alois Grohmann. Am Mittwoch, 10. Juli, findet im Kolosseum ein einmaliges Gastspiel des von seiner Wirksamkeit am hiesigen Stadgartentheater bekannten und beliebten Komikers, Herrn Alois Grohmann, statt. Zur Aufföhung gelangt die überaus lustige und wirkungsvolle Grotteske "Der Auf" von Ludwig Huna und das glänzende Lustspiel des rühmlichst bekannten russischen Dichters Anton Tschekow "Der Heirat" mit Herrn Grohmann in den Hauptrollen. Den Abend bereichert ein "Bunter Teil", in dem Herr Grohmann als Coupletjäger und Humorist auftritt. Da dieser Abend nicht wiederholt wird und der Gait beim hiesigen Publikum sehr beliebt ist, dürfte sich diese Veranstaltung eines großen Zuspruches erfreuen.

Vortrag. Am nächsten Donnerstag, 4. Juli 1912, abends 1/2 Uhr, veranstaltet die Ortsgruppe Karlsruhe der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft einen Vortragsabend, an welchem der Präsident der D. N. G. und ausgezeichnete Antropologe Dr. Ludwig Wilser (Heidelberg) über das hochaktuelle Thema: "Neuere Funde von vorweltlichen Menschen" sprechen wird. Der Vortrag findet im Speisesaal des Museums statt (Eingang Ritterstraße 1. Stod). Ueber die Ziele und Wege der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft hat seinerzeit Schriftsteller Hans Wolfgang Behm unter dem Thema: "Natur und Heimatliebe" im großen Rathausaal eingehend referiert, so daß wir hoffen können, daß der Vortragsabend am 4. Juli, der zugleich der Konstituierungsabend der neugegründeten Ortsgruppe sein soll, sich reichen Zuspruch erfreut. Jeder mann.

Werbung für "Frischkauf" Fahrradhaus, bestehend aus vertikalen Textblöcken und einem großen roten Pfeil, der nach unten zeigt. Text enthält Namen wie "Frischkauf", "Neue Fahrrad", "Pfad", "Geschäft", "Geschenk Nr. 39" und andere werbliche Aussagen.

der ein Naturfreund ist oder sich für die neuesten Fortschritte auf dem Gebiete der Naturwissenschaft interessiert, ist zu den Versammlungen der D. N. G. herzlich eingeladen...

Luftschiffahrt und Flugsport.

Explosion eines Luftschiffes. Atlantic City, 2. Juli. Das zur Ueberfahrt über den Atlantischen Ozean bestimmte Luftschiff „Albatros“ ist in einer Höhe von etwa 800 Meter explodiert...

Flieger-Absturz. Die amerikanische Fliegerin Mariette Guimbi, die mit einem Passagier einen Flug ausführte, stürzte aus einer Höhe von 300 Meter ab...

Neues vom Tage.

Todesurteil. Stuttgart, 2. Juli. Der 30 Jahre alte Tagelöhner Georg Pfrommer aus Bad Steinach, der am 15. Januar 1912 im Walde bei Rahr den Forstwart Rees erschossen hatte...

Unwetter. Berlin, 2. Juli. Aus verschiedenen Teilen des Reichs treffen Nachrichten über schwere Unwetter ein, die in Hessen und in Bayern niedergingen...

Eine Million unterschlagen. Augsburg, 1. Juli. Der ehemalige Prokurist und stellvertretende Direktor der Filiale Augsburg der Bayerischen Disconto- und Wechselbank, Friedrich Heiler...

Studenten-Vandalismus. Münster i. W., 2. Juli. Vier Schüler in der letzten Nacht ein betrunkener Student auf dem Heimwege etwa 30 große Schaufensterfiguren ein...

Der Diebstahl der Kaiserfette. Köln, 2. Juli. Noch immer weiß man nicht, wohin die Kette von dem ins Ausland geflüchteten Spießbuben geschleppt wurde...

Mordtat. Köln, 2. Juli. In der vergangenen Nacht meldete sich bei der Polizei ein 30jähriger Schriftsteller aus Euskirchen mit dem Geständnis, er habe in Hagen i. W. aus Eifersucht einen Schnebergesellen ermordet...

Königsblüte. Berlin, 2. Juli. In der vergangenen Nacht wurde der Restaurateur Martin Cohn, der sich nach einer Hochzeitsfeier von seinem Lokal mit der Geldkassette in der Hand nach seiner Wohnung begeben wollte...

Mörder. Berlin, 2. Juli. Der Mörder, der gestern in Braach bei Schmiedeburg durch Weiltiebe ermordeten Schlächterswitwe Dewald wurde in der Person ihres 18jährigen Sohnes Josef Dewald in Berlin bei Verwandten verhaftet...

Arbeiterriß. Duisburg, 2. Juli. Auf dem Werk der Firma Schulz-Strauß in Hadingen erfolgte eine Gasexplosion. Ein Arbeiter wurde durch den Luftdruck an die Wand geschleudert...

Berlin, 2. Juli. Beim Ungergrundbahnbau am Alexanderplatz wurde durch einen herabstürzenden Eisenträger ein Arbeiter getötet und ein anderer schwer verletzt...

Verhaftete Schwindel-Bankiers. Berlin, 2. Juli. Die persönlich haftenden Gesellschafter der Kommanditgesellschaft Reiser u. Co. Max Dirschberg aus Schöneberg und Leopold Reiser-Berlin...

Schneefall. Zürich, 2. Juli. Seit heute nachmittag melden die Hochstationen in 2000 Meter Höhe heftige Schneefälle. Die Temperatur fiel unter Null...

In Konstantinopel verhaftet. Konstantinopel, 1. Juli. Der Buchhalter Heinrich Geb, der zum Schaden der Firma Gebrüder Stein in Düsseldorf über 250 000 Mk. veruntreute und flüchtete...

Konstantinopel, 2. Juli. Der Vertrautete Geb wurde auf dem Dampfer „Baraffos“ der Levante-Linie unter anderem Geleit nach Deutschland transportiert...

Geleit nach Deutschland transportiert. Es wurden 175 000 Mk. gefunden, die in die Kleider seiner Frau eingnäht waren...

Furchtbarer Wirbelsturm. New York, 1. Juli. Ein furchtbarer Wirbelsturm zerstörte einen Teil der Stadt Regina in der Provinz Saskatchewan...

Der italienisch-türkische Krieg.

Paris, 2. Juli. Wie das „Echo de Paris“ aus Mailand erfährt, soll die italienische Regierung ihren Botschafter in Berlin, Panja, beauftragt haben...

Letzte Nachrichten.

Zur Metallarbeiter-Ausperrung. Berlin, 2. Juli. Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Metallindustrie sind erneut in Verhandlungen eingetreten...

Der Rüstungswahnsinn greift immer weiter. Wien, 2. Juli. Wie von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, werden im Herbst von den Delegationen weitere 250 Millionen Kronen für neue Geschütze gefordert...

Hafenarbeiterstreik. New York, 2. Juli. Der Streik im hiesigen Hafen scheint sich auch auf die Dockarbeiter auszudehnen...

Antwerpen, 2. Juli. Die Lage im Hafen wird täglich drohender. Man erwartet nunmehr die Proklamierung des Ausstandes der Doker und Matrosen...

Dünkirchen, 2. Juli. Die Hafenarbeiter beschließen, die Arbeit auf den französischen Schiffen niederzulegen...

Royalistische Denkmals-Schändung. Paris, 2. Juli. Das Denkmal Rousseaus bei Paris wurde gestern Nacht geschändet...

Duma-Wahlen. Petersburg, 2. Juli. Die Wahlen zur 4. Duma, die für September erwartet werden, wurden auf den Winter verschoben...

Briefkasten der Redaktion. G. W. Baben. Wir nennen Ihnen Auqustenberg bei Durlach, Hohenheim bei Stuttgart und Weidenstephan bei München...

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats. F. J. Destrinen. Der Konkursverwalter war berechtigt, den betr. Betrag zu verlangen...

Wasserstand des Rheins. 3. Juli. Schusterinsel 2,91 m, gef. 3 cm, Rehl 3,60 m, gef. 4 cm, Magau 5,28 m, gef. 5 cm, Mannheim 4,66 m, gef. 3 cm...

Vereinsanzeiger. Durlach. (Sängersektion des „Vorwärts“). Unsere kommende Singtunde findet Freitag abend 7 3/4 Uhr im „Lamm“ statt...

Kufeke Tausendfach bewährte Nahrung bei Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc.

Volksfreund-Buchhandlung. Wir empfehlen: Ein Werkbüchlein der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung über alles, was jedermann von dieser am 1. Januar 1912 in Kraft getretenen gesetzlichen Versicherung wissen muß...

Arbeiterbund „Vorwärts“ Durlach und Sozialdemokratische Partei. Todes-Anzeige. Unsern werten Mitgliedern die traurige Mitteilung, daß unser langjähriges Mitglied Melchior Geißler Zigarrenarbeiter Dienstag abend 6 Uhr nach langem Leiden durch den Tod erlöst wurde...

Geschäftsverlegung und Empfehlung. Einer titl. Einwohnerschaft sowie meiner werten Kundschaft zeige ich höflichst an, daß ich das seither Schützenstraße 53 betriebene Polstermöbel-Geschäft in mein käuflich erworbenes Haus 25 Schützenstraße 25 verlegt habe...

Zu Versteigerungspreisen werden nur noch Mittwoch und Donnerstag die Restbestände aus einer Versteigerung abgegeben. Vorhanden sind noch: schwarze und farbige Kleiderstoffe, Kattune, Unterjaken und -Hosen, Sporthemden, weiße Blusen, weiße Damenhemden, Sonnenhüte, ca. 30 Waschzettel, Größe 1-8, Waschlappen, Waschlappen, Cognac, Liköre, Zigarren, Damen- und Herrenstiefel in diversen Größen...

Kofferhaus. Geschwister Lämmle 51 Kronenstr. 51. Rucksäcke für Kinder u. Erwachsene in jeder Preislage. Serviereschürzen, 3 Stk. zu verkaufen. Werderstraße 49, Stb. 4. St. Spülicht-Haus. Zahlr. gesucht. Off. unter G. C. 100 an die Exped. ds. Bl. erbeten. Gefunden eine Brosche in Vorkauf. Abzug holen Regenfeldstr. 3, St. 1. Heimarbeit sucht unabhängig. Frau. Off. unter Nr. 209 an die Exp. d. Bl. erbet.

Melropolitan-Theater. Schillerstraße 22 Ecke Göthestraße. Von Mittwoch den 3. Juli bis inkl. Freitag, 5. Juli unter anderem: Der Eid des Steffan Kuller nach dem gleichnamigen Roman von Felix Holländer. In den Hauptrollen: Viggo Larsen und Wanda Treumann die deutsche Diva der Kinokunst.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe. Geburten: Berner Kurt Fritz, B. Peter Graf, Polizeikommissar. — Adolf, B. Adolf Ruf, Metzger. — Bruno, B. Theodor Adler, groß. Oberwäpfer. Todesfälle: Amalie Jelleisen, Ehefrau des Milchhändlers Anton Jelleisen, alt 69 J. — Paula, alt 3 Mon. 26 Tg., B. Philipp Lind, Oberpostkassener. — Elsa, alt 4 Mon. 11 Tg., B. Hermann König, Bureaucliner. — Karl Munde, Tapezierer, Chemann, alt 37 J.

Am 1. Juli erfolgte ein... Led... Fro... Roh... Taf... Fre... Wol... in so... stoff... Seie... Wol... Was... Ele... 318... 20... gross... Ausw... St... Gen... Kapelle... Eintri... G... u. de... Tu... G... sich... in... sell... Das... Kauf... auf... 6 U... 343... os... os... os...

Am 1. Juli erfolgte eine

grosse Preisermässigung

auf sämtliche Damenkonfektion, einschliesslich allerletzten Neuheiten in Hochsommerartikeln. Hervorragende Gelegenheit zu ausserordentlich vorteilhaften Einkäufen für die Reise.

Leinen-Kostüme 24 ⁵⁰ 19 ⁷⁵ 16 ⁷⁵ 9 ⁷⁵ früher bis M 40.— 34.— 27.— 17.—	Seiden-Mäntel 39 ⁵⁰ 24 ⁵⁰ 16 ⁷⁵ 9 ⁷⁵ früher bis 80.— 48.— 36.— 25.—
Frotté-Kostüme 43 ⁰⁰ 39 ⁵⁰ 34 ⁰⁰ früher bis M 65.— 58.— 50.—	Voile-Mäntel teils ganz auf Seide . . . 39 ⁵⁰ 29 ⁵⁰ 25 ⁰⁰ früher bis 70.— 46.— 38.—
Rohseiden-Kostüme 49 ⁰⁰ früher bis M 96.—	Popeline und Alpacca-Mäntel 26 ⁵⁰ 19 ⁷⁵ 16 ⁷⁵ früher bis 40.— 32.— 24.—
Taffet-Kostüme auf seid. Futter, hochelegant 49 ⁰⁰ 39 ⁵⁰ früher bis M 100.— 80.—	Uebergangs-Paletots 7 ⁹⁰ 9 ⁷⁵ 16 ⁷⁵ 21 ⁵⁰ 29 ⁵⁰ in englischen u. marine Stoffen früher bis 15.— 18.— 29.— 38.— 56.—
Fresco-Kostüme la. Schneiderarbeit, leichte sommerliche Stoffe 49 ⁰⁰ 39 ⁵⁰ früher bis M 80.— 70.—	Schwarze Taffet-Kostümröcke 9 ⁷⁵ früher bis 20.—
Wollene Kostüme 16 ⁷⁵ 24 ⁵⁰ 29 ⁵⁰ 39 ⁵⁰ 49 ⁰⁰ 59 ⁰⁰ in schwarz, mar. u. Fantasie-stoff früher bis M 29.— 40.— 52.— 68.— 88.— 110.—	Leinen-Kostümröcke 9 ⁷⁵ 6 ⁹⁰ 3 ⁹⁰ früher bis 16.— 11.— 6.—
Seiden- u. Foulardkleider 49 ⁰⁰ 39 ⁵⁰ 29 ⁵⁰ enorm billig früher bis M 110.— 80.— 60.—	Alpacca-Kostümröcke in schwarz, marine u. grau, nur allerbeste Qualität 12 ⁷⁵ früher bis 15.— 12.—
Wollmousseline- u. Voilekleider 24 ⁵⁰ 16 ⁷⁵ 9 ⁷⁵ hübsche, jugendliche Neuheit früher bis M 40.— 28.— 18.—	Kostümröcke in englischem Geschmack . . . 6 ⁹⁰ 5 ⁹⁰ früher bis 15.— 12.—
Wash-Voile- u. Stickerei-kleider 25 ⁵⁰ 19 ⁷⁵ 14 ⁵⁰ 9 ⁷⁵ früher bis M 45.— 30.— 23.— 17.—	Kostümröcke schwarz u. blau, nur gute Qual. 12 ⁷⁵ 9 ⁷⁵ 5 ⁹⁰ früher bis 23.— 16.— 8.—
Elegante Besuchs- u. Gesellschaftskleider darunter die apartesten Modelle 89 ⁰⁰ 69 ⁰⁰ 59 ⁰⁰ 49 ⁰⁰ früher bis M 180.— 130.— 110.— 90.—	Robespierblusen 5.90 Schwere Voileblusen 5.90 Schwarze la Satinblusen 3.90 Hochelegante Seidenblusen 16.75 u. 12.75 Weisse Batistblusen 7.50 4.90 3.75 2.95 u. 1.95
2000 Blusen Ein grosser Posten Brüsseler u. Plauerer Stickerei- u. Voile-Blusen soeben neu eingetroffen regulärer Preis bis 14.— 17.— 22.— 29.—	Enorm billig! 7.90 9.75 12.75 16.75 Aenderung zum Selbstkostenpreis!

Hirt & Sick Nachf.

Schwarzwälder Hof Luisenstrasse 57.

Heute Mittwoch Schlachttag.
Ebenfalls ist ein schönes Nebenzimmer mit sep. Eingang, ca. 40 Personen fassend, für einige Samstage an Verein oder Gesellschaft zu vergeben. 6786

G. Bender. 20-30 tüchtige Maurer

finden an den Bahnhofsneubauten (beim Fernheizwerk) dauernde Beschäftigung. 8824
Kangeshäft Josef Held,
Ettlingerstr. 20. Telef. 560.

Feuer- Versicherung,

alte, gut eingeführt, hat für Karlsruhe eine Agentur zu vergeben. Hohe Provision. Bei guten Erfolgen Fixum. Auch Versicherungen aus den Vororten sind erwünscht. Angebote unter J. 2191 an Hakenstein & Woalser A.-G. Karlsruhe.

Ettlingen. Gipfer

werden sofort eingestellt bei
Gipfermeister Bosh,
Friedrichstraße.

Bekanntmachung.

Im Hundewinger des städt. Wachenmeisters, Schlachthausstrasse 17, (zwischen Kaserne und Eisenbahn) befinden sich nachstehende herrenlose Hunde:

- 1 gelber Schäferhund (Vastard) (männlich)
- 1 schwarzer Spitzer (männlich)
- 1 schwarze Dobermann
- 1 weiß und roter Foxterrier (weiblich)
- 1 junger schwarzer Schnauzer (männlich)
- 1 junger gelber Wolfshund (männlich)

Dieselben werden, falls sie nicht innerhalb 3 Tagen abgeholt sind, getötet bzw. veräußert.
Karlsruhe, 2. Juli 1912.
Städtische Schlacht- und Viehhofdirektion. 339

M. 500.- Haupttreffer

und viele mittlere und kleine kommen aus der Frankfurter Lotterie an meine wertvolle Kundschaft und werden sofort ausbezahlt.
Als nächste Lotterie finden an Anielinger, Neufabter und Bad. Kreuz & 1.— M. 11 St. 10.— M., sowie alle sonst genutzten Staatsklaffen- und Prämien-Lose. 348

Carl Göb, Sebelstr. 11/15 b. Rathaus.

Inhaber: Ludwig Göb,
Groß. Bad. Lotterie-Einnahmer der Preuß. Süddeutschen Klassen-Lotterie.

Ofen, Grube-Ofen, Herde Gasherde, Kühe- und Haushaltungs-Artikel

kauft man immer noch am besten und billigsten bei
Ernst Marx,
Luisenstrasse 45. 310

Wilh. Eckert, Uhrmacher, Marienstr. 20,

neb. dem Apollo-Theater empfiehlt sein Lager in Taschen- u. Wanduhren. Billige Reparatur-Werkstätte, Trauringe, 8 u. 14 Kar. gestempelt, das Paar v. 12.— 27. Wristen u. Zwicker

Ich kaufe und verkaufe fortwährend getragene Herren- u. Damenkleider, Schuhe und Stiefel, aber nur gute Sachen, zu billigen Preisen. 2806

Wilhelm Schwab Durlacherstraße 85.

Stadtgarten (Billiger Tag). Heute Mittwoch, den 3. Juli, abends 8 Uhr:

Großes Konzert

ausgeführt von der
Kapelle der Freiwilligen Feuerwehr Karlsruhe.
Leitung: Kapellmeister Heinrich Steinbed.
Eintritt: Inhaber von Stadtgarten-Jahreskarten 10 Pf. Sonstige Personen 20 Pf. Inhab. v. Kartenheften, wenn sie eine Karte ihres Festes entwert. laß. 10 Pf., andernfalls 20 Pf. Kinder und Soldaten zahlen volle Preise. 345

Gosses Volksfest am 13. und 14. Juli ds. Js. 387 im Stephaniensbad

u. den daran anschließend. Wiesen, veranstaltet vom
Turnerbund Beiertheim.

Gemeinde-Spar-Kasse Grötzingen.

Unter Garantie der Gemeinde, mündelsichere Kapital-Anlage, nimmt Spareinlagen in jeder Höhe entgegen und verzinst dieselben schon seit dem Jahre 1908 mit 4%. Das Heimspar-Kassen-System ist eingeführt. Kassentage: Montag, Mittwoch und Samstag auf dem Rathause. Kassenstunden von 8 bis 6 Uhr, Samstags bis 8 Uhr.
Der Verwaltungsrat, 343

ARBEITS- KLEIDUNG

Hosen in Zwirn M 1.95 2.50 3.85 4.80 8906
Hosen in Englisch Leder M 2.50 3.75 4.75 5.00 6.50
Hosen in Samt-Cord M 3.50 4.80 5.50 6.80
Hosen in blau Leinen M 1.25 1.95 2.40 3.50
Hosen in Buxskin M 2.00 2.85 3.50 bis 16.00
Sonstige Berufskleidung äusserst billig.
Nur Adlerstrasse 18a. E. Hahn.

Einladung. Zur Feier des Geburtstages Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs findet Montag, den 8. Juli 1912, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Festhalls ein

Fest-Bankett

mit dem unten folgenden Programm statt. Zu recht zahlreicher Teilnahme an dieser patriotischen Veranstaltung beehren wir uns hierdurch unsere Mitbürger ergebenst einzuladen. Besondere Einladungen ergehen nicht. Eintrittsgeld wird nicht erhoben. Anzug der Herren: dunkler Rock, der Damen: Gesellschaftsanzug.
In den Saal haben nur Herren Zutritt (ohne Karten), die obere Galerie bleibt den Damen der an der Feier teilnehmenden Vereine vorbehalten; die Damen haben sich durch die an die Vereine bereits verabschiedeten Zutrittskarten auszuweisen. Der Zugang zum Saal und zur unteren Galerie ist durch die Garderoben auf beiden Seiten der Festhalle und durch das Hauptportal zu nehmen, der Zugang zur oberen Galerie durch die Garderoben oder über die äußeren Galerieaufgänge.

Der Festausschuss:
Baumann, Seminarlehrer und Groß. Chororganist, Chorleiter des Männergesangsvereins „Liederhalle“; Dr. Binz, Rechtsanwalt und Stadtrat; Bloß, Groß. Hoflieferant und Stadtrat; Cassimir, Kapellmeister, Dirigent des Männergesangsvereins „Liederhalle“; Dr. Eitel, Privatmann und Altstadtrat, Präsident des Männergesangsvereins „Liederhalle“, derzeit Vorsitzender des geschäftsführenden Ausschusses der vereinigten Männergesangsvereine; Dörmann, Kaufmann und Stadtrat, Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der Stadtverordneten; Dr. Götter, Rechtsanwalt, Vorsitzender des Hardgau-Militärvereins-Verbandes; Herberich, Bürgermeister in Höchstädt, Vorsitzender des Hardgau-Militärvereins-Verbandes; Kappel, Wurstlermeister und Stadtrat; Keller, Professor, Vorsitzender des Vereins bildender Künstler, Kollmer, Hauptlehrer, Dirigent der Gesangsabteilung des Arbeiterbildungsvereins; Kölsch, Kaufmann und Stadtrat; Dr. Lorenz, Rechtsanwalt und Stadtrat; Neumann, Geheimer Hofrat, Präsident des Männergesangsvereins „Liederhalle“; Scheidt, Professor; Schlebach, Viehmermeister und Stadtrat; Siegrist, Oberbürgermeister; Dr. Weill, Rechtsanwalt und Stadtrat; Biethoff, stud. Vorsitzender des Studentenverbandes der Federiciani; Williard, Bauart a. D. und Altstadtrat; Wilscher, Kaufmann und Verbandsdirektor, Altstadtrat, Präsident des badischen Sängerbundes; Wurff, Revier, derzeit Vorsitzender des geschäftsführenden Ausschusses der vereinigten Turnvereine.

Programm:

- Germanentreue. Marsch v. H. L. Wankenburg.
 - Ouverture z. Op. „Alessandro Stradella“ v. F. von Flotow.
 - Heil Dir, Heil, mein Vaterland, Männerchor v. B. Speidel (mit Orchesterbegleitung). Gesangsabteilung des Arbeiterbildungsvereins unter Leitung des Herrn Hauptlehrers Jakob Kollmer.
 - Trinkspruch auf Seine Königliche Hoheit den Großherzog. Herr Oberamtmann Dr. Wolfgang Heinze. Daran anschließend: Allgemeiner Gesang mit Orchesterbegleitung: Bad. Hymne.
 - a) Frühlingsglaube } Lieder für Bariton { F. Schubert.
b) Probencaisches Lied } F. Schumann.
c) Der Lindenbaum } F. Schubert.
 - Herr Konzertsänger Otto Wehbecher.
 - Einzug der Götter in Walhall aus „Rheingold“ v. R. Wagner.
 - Männerchöre a) Prinz Eugen (altes Volkslied) v. Fr. Jureich.
b) Unser Rheingau v. J. Wengert.
 - Gesangsabteilung des Arbeiterbildungsvereins.
 - Strand-Idyllen. Walzer v. D. Petras.
 - a) Heinrich der Vogler } Balladen für Bariton { v. E. Löwe.
b) Der Junggehilfe }
 - Herr Konzertsänger Otto Wehbecher.
 - Was wir Soldaten singen. Patriotisches Potpourri v. G. Steffens.
- Am Klavier: Herr Hermann Weid. Musik: Die Kapelle der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Karlsruhe unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Heinrich Steinbed.
Man bittet vor Nr. 10 des Programms nicht zu rauchen. 325

Gaggenau. Josef König Uhrmacher und Goldarbeiter.

Grosses Lager in Herren- u. Damen-Uhren, sowie Schmucksachen aller Art. Nähmaschinen.
Wilhelmstr. 24, 3. St. ist an anst. Arbeiter ein möbl. Zimmer mit sep. Eing. für 9 M. zu vermieten.

Sanitäts-Haus Lutz (Inhaber Apotheker Th. Lutz) Baden-Baden 344

Artikel zur Kranken-, Gesundheits- und Kinderpflege.
Im Murgthal unterhält Lager:
Adam Jung, Rotentels, Hauptstr. 3.

Tel. Karlsruhe Nr. 3279.

Tel. Durlach Nr. 32.



„Apfelgold“

Das beste mouffierende Apfelweingetränk.

Erhältlich in allen besseren Geschäften der Lebensmittelbranche oder direkt durch die alleinigen Fabrikanten:

Brauerei Eglau Durlach

Vergabung von Rohrverlegungsarbeiten.

Wir haben, vorbehaltlich der Staatsgenehmigung zur Vergabung der vom Bürgerausschuss bewilligten Mittel, im Wege des öffentlichen Wettbewerbs die Herstellung eines 250 mm Wasserrohrtranges in der Kriegstraße zwischen Wolfartsweierer- und Kronenstraße und eines 150 mm Wasserrohrtranges in der Stendstraße zwischen Gottesauer- und Kriegstraße zu vergeben.

Pläne und Bedingungen liegen in unserem Geschäftszimmer, Kaiserallee 11, 3. Stock, Zimmer Nr. 24, zur Einsichtnahme auf, woselbst auch Angebotsformulare abgegeben werden. Ein Versand derselben sowie der Unterlagen nach auswärts findet nicht statt.

Verschlossene, mit entsprechender Aufschrift versehenen Angebote sind bis längstens **Donnerstag, den 11. Juli, vormittags 10 Uhr**, bei uns einzureichen, zu welchem Zeitpunkt die Öffnung der eingelaufenen Angebote in Gegenwart der etwa erschienenen Bewerber oder deren Vertreter vorgenommen wird.

Karlsruhe, den 29. Juni 1912.

Städt. Gas-, Wasser- u. Elektrizitätswerke.

Eine geschmackvolle WOHNUNGS- EINRICHTUNG

kaufen Sie leicht, wenn Ihnen vielseitige Auswahl erstklassiger QUALITÄTSMÖBEL, ausserordentlich niedrige Preisbemessung und sachgemässe ehrliche Beratung zur Verfügung stehen. Alles dies finden Sie in hervorragendem Masse in der

Möbel-Ausstellung

D. Reis Karlsruhe
Fernspr. 1522

340 Kronenstrasse 37/39.

Ständiges Lager von ca. hundert Einrichtungen.

August Pfützner

Karlsruhe-Rüppurr

2 Langestr. :: :: Langestr. 2

Dampf-Waschanstalt

Neu erbaute modern eingerichtete Anstalt. Gutgeschultes Personal. Persönliche Leitung. Individuelle Behandlung der Wäsche, Rasenbleiche.

Spezial-Abteilung für chem. Reinigung und Kunstwäscherei.

Gegründet 1875. Teleph. 1447. 80 Angestellte.

Meine Praxis befindet sich von heute an

Kaiserstrasse 155, 2. St.

(Hammer und Helbling). Telephon 2818.

Zahnarzt Allers.

Karlsruhe, den 1. Juli 1912.

Zum Umzug!

empfehle ich Seegras, Rohhaar, Kapock, Wolle, Springfedern etc., Ofen aller Art, Kesselfäden, Kohlenbecken, Röhre alle Sorten, Kaminanfänge, Dampfröhren, Glühbirnen, Badewannen, „Kosmos“ u. andere Emailgeschirre in prima Qualität, Dalli-Eisen, Dalli-Kohlen, Lampen, Gaslampen sowie sämtliche Zubehörteile. Berner sämtliche Gartengeräte, Gartenmöbel etc. 6064

Man achte genau auf Strahe und Hausnummer.

J. Blum, Eisenwaren, Haus- u. Küchengeräte

Telefon 3097 49 Schützenstr. 49.

Aue, Luisenstr. Nr. 3 ist auf 1. Oktober eine geräumige 3 Zimmer-Wohnung im 2. St. nebst Küche, Speicher, Keller u. Schweinestall sowie sonstigem Zubehör zu vermieten. Zu erfragen im 1. Stod. 312

Fahrrad mit Freilauf wird spottbillig verkauft. Adlerstr. 28, Werkstat.

Damenrad billig zu verkaufen. Körnerstr. 19, 1. Stod. 352

Stadigarten-Theater.

Direktion: G. Dagit.

4. Vorstellung.

Mittwoch den 3. Juli 1912

abends 8 Uhr

Die Fledermans.

Operette in 3 Akten von Johann Strauß.

Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr.

Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Schönes Vereinslokal

mit separatem Eingang, 50 Personen fassend, sowie eine gute schöne Kegelbahn empfiehlt

Karl Bester zur „Neuen Wals.“

Tafelklavier,

vorzüglich erhalten, sehr gut im Ton, ist sofort für 60 Mk. zu verkaufen bei

Stöhr, Ritterstr. 11.

Einige gebrauchte

Herde,

darunter emaillierte, sind billig zu verkaufen.

Luisenstr. 45, part.

Billig zu verkaufen:

Starkes Kanapee, wie neu, 22 Mk., pol. zweiflt. Schrank, zum Abhängen 18 Mk., schöne neue Obermatrasen, rot-rosa (Satin) à 11 Mk. 352

Körnerstr. 30, 4. St. r.

Pfannkuch & Co

Neue gelbe Staliener Kartoffeln

3 Pfund 25 Pfg.

10 Pfund 80 Pfg.

Zentner 7.75 Mk.

Neues Sauerkraut

Pfund 15 Pfg.

Neue Matjesheringe

Stück 10 Pfg.

Neue Bismarckheringe

aus frischen Fischen

Stück 10 Pfg.

4 Liter Dose 2.80 Mk.

Holländer Schlangengurken

Stück 20, 22

und 25 Pfg.



Karl Wilhelmstr. 38 (Laden) ist nunmehr Zimmer (als Schuhmacherwerkstatt geeignet) sofort zu vermieten.

Rinderliegwagen, geb., zu verl. Durlacherstr. 30, 5. r.

Komoll

Das beste Erfrischungsgetränk der Gegenwart!

Brauerei Fr. Hoepfner

Murgtal-Bräu (hell und dunkel) :: sehr bekömmlich. ::